ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel - Nr. 9



Ausländergesetz verabschiedet

- Deutsche Unitarier
- Kurdistan Solidarität
- DSU Partnerin der CSU
  Hoffnung der Rechtsextremen

Liebe LeserInnen!

Auch wenn der Anschluß der DDR durch die Bundesrepublik zur Zeit noch die meisten Gemüter erregt, die bestehenden Probleme und Gefahren beseitigt er nicht. Im Gegenteil.
In vielen gesellschaftlichen Bereichen drohen Verschärfungen, oder Verschlechterungen sind bereits spürbar.
Ob sich die daraus entstehende Unzufriedenheit in der weiteren Stärkung rechtsextremer und reaktionärer Einstellungen niederschlagen wird, hängt auch davon ab , ob AntifaschistInnen ihren Einfluß geltend machen können. Die FaschistInnen jedenfalls legen ihre Hände nicht in den Schoß; wir AntifaschistInnen sollten es auch nicht tun.
Eine dringende Bitte haben wir an alle, die ihre älteren ATZE-Ausgaben nicht mehr benötigen oder noch überzählige Exemplare besitzen: lasst sie der Redaktion zukommen. Es erreichen uns in letzter Zeit immer wieder Anfragen nach älteren Heften. Wir selbst können leider nicht helfen, da alle Bestände verkauft sind.
Der beste Weg übrigens, nicht auch einmal in eine solche mißliche Lage zu geraten, ist ein Abonnement der ATZE!
Einfach 15DM (für 4 Ausgaben) unter Angabe von Absender, Adresse und Vermerk "ATZE" auf untenstehendes Konto überweisen.
Viel Spaß beim Lesen.

Aus dem Inhalt





Atze

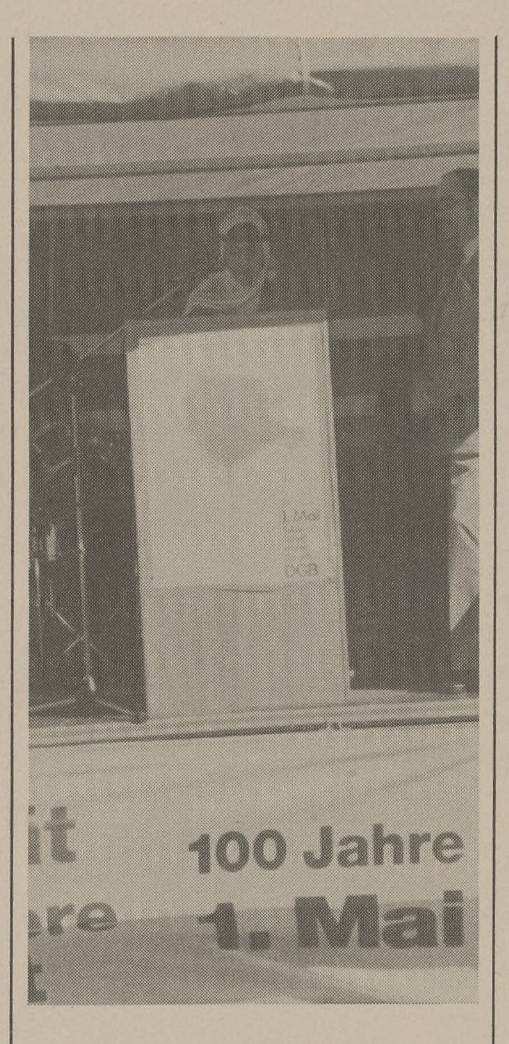
Antifaschistische Zeitung Kiel, Schweffelstraße 6, 2300 Kiel.
Bankverbindung: Netzwerk, Postgiroamt Hamburg.
BLZ: 200 100 20, Konto: 487 599-202, Stichwort: ATZE.
Auflage:800, Ausgabe-Nr. 9, Juni-August 1990.
V.i.S.d.P.: Wolfgang Petersen

AusländerInnengesetz verabschiedet

Trotz vielfältigem Widerstand hat die Bundesregierung in einem Schnellverfahren am 27.4. gegen die Stimmen von SPD und GRÜNE das Ausländergesetz verabschiedet. Bekannt geworden sind uns mehr als 30 größere Demonstrationen bundesweit, in Schleswig-Holstein fanden unserer Kenntnis nach Demonstrationen in Kiel und Neumünster, Veranstaltungen in Elmshorn, Rendsburg, Neumünster, Kiel statt, die teilweise von DGB oder Einzelgewerkschaften (IG Metall in Kiel), z.Teil auch von Wohlfahrtsverbänden (AWO in Neumünster) mitgetragen wurden.

Der Widerstand gegen das Ausländergesetz ist sich aber durchaus nicht einig in der Frage, ob man dieses Sondergesetz für Ausländer grundsätzlich ablehnen soll oder seine Humanisierung fordern soll. Die Änderungen des Gesetzentwurfs, die von der Regierungskoalition Anfang April noch beschlossen worden sind, zielen darauf ab, diese Differenzen zur Spaltung der Gegner des Gesetzes zu nutzen. Den Forderungen nach "Schutz der Familie" und "Integration" der lange hier Lebenden, die vom DGB und von den Kirchen in den Vordergrund gestellt worden waren, wurde z.T. mit vielen Wenn und Aber-Regelungen nachgegeben.- Die heftig kritisierte Wohnraumklausel, die den Familiennachzug und die Verfestigung des Aufenthalts vom Nachweis ausreichenden Wohnraums abhängig macht, wird vordergründig entschärft. Kinder unter zwei Jahren (brauchen sie vielleicht keinen Wohnraum?) sollen bei der Berechnung der erforderlichen Wohnungsgröße nicht mehr mitgerechnet werden.- Die Bindung des Familiennachzugs an die Bedingung der Herstellung einer "häuslichen familiären Gemeinschaft", wie noch im Entwurf vorgesehen, wurde beseitigt.-Hier geborene Kinder sollen ohne Antrag eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. -Der Ausweisungsschutz für Minderjährige bis zu 18 Jahren soll nun bis 21 gelten. -Die Familienangehörigen von Asylberechtigten (dies sind nur noch 3% der Antragssteller) bekommen das Asylrecht automatisch.

Der Forderung, auch Ausländern der ersten Generation die Einbürgerung zu ermöglichen, wird ebenfalls z.Teil nachgegeben. Wer 15 Jahre hier lebt, soll bei Aufgabe der eigenen Staatsbürgerschaft bis



1995 die deutsche erwerben können, natürlich nur, nachdem er alle Wenn und Aber der integrierten Anpassung erfüllt hat. Hier wird gespalten: bezogen auf alle Ausländer erfüllen diese Bedingung 32,7%, bezogen aber auf Ausländer aus der Türkei nur 20,3% (Statistisches Bundesamt, FS 1, R.2, Ausländer 1985).

Das Ausländergesetz bleibt Ausnahmerecht für einen Teil von uns

An den wesentlichen Sachen, die die Verschärfung des alten Gesetzes bedeuten, ist nichts geändert worden: an den weitgehenden Möglichkeiten, politische Betätigung zu verbieten, an der Einführung des Rotationssystems, das ein Heer von rechtlosen Wanderarbeitern und Lohndruck schafft, an der Möglichkeit, jederzeit ausweisen zu können, an den Verschlechterungen für Asylbewerber. Deshalb darf der Widerstand gegen das Gesetz auch nicht weniger werden. Schon jetzt stößt die westdeutsche Reaktion mit weiteren Angriffen nach: - die Landesregierung Baden-Württemberg hat vor, doch noch am Bundessozialhilfegesetz vorbei die 20%-ige Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber durchzusetzen, die mit geringerem Lebensstandard in den Heimatländern rassistisch begründet wird. Gleichzeitig soll noch im Juni die Normenkontrollklage der CDU gegen das Kommunale Wahlrecht in Schleswig-Holstein vor dem BVG verhandelt werden. Und waren sollen wir eigentlich die SPD-Landesregierung in Schleswig-Holstein mit ihrer gerade neu geschaffenen Kommunalverfassung in Ruhe lassen, wo sie eine weitere Entrechtung aller Ausländer sogar neu eingeführt hat.Warum nicht den großdeutschen und Bundestagswahlkampf dazu nutzen, um die Forderung nach sofortiger Wiederabschaffung dieses und jedes anderen Ausländergesetzes öffentlich klarzumachen?

Volksfront Landes AG Ausländerpolitik; geschrieben für ATZE und Politische Berichte

Nazi-Propaganda in Kiel

In verschiedenen Kieler Stadtteilen tauchten in den letzten Wochen Aufkleber faschistischer Organisationen auf. Thema der Aufkleber war vor allem der Anschluß der DDR an die BRD. In Mettenhof hieß die Parole der von Kühnen gegründeten "Initiative Volkswille": "Wiedervereinigung jetzt"; in Gaarden wurden die Aufkleber der in München beheimateten DVU (Deutsche Volksunion) und ihres Ablegers AKON (Aktion Oder-Neiße) von AntifaschistInnen ebenso schnell entfernt wie in Dietrichsdorf die Aufkleber der "Nationalistischen Front". Offensichtlich hoffen all diese alten und neuen Nazis, vom deutschnationalen Taumel der vergangenen Monate in irgendeiner Form profitieren zu können.

Kommunalwahl 1990: Kein Einzug von Faschisten in die Parlamente

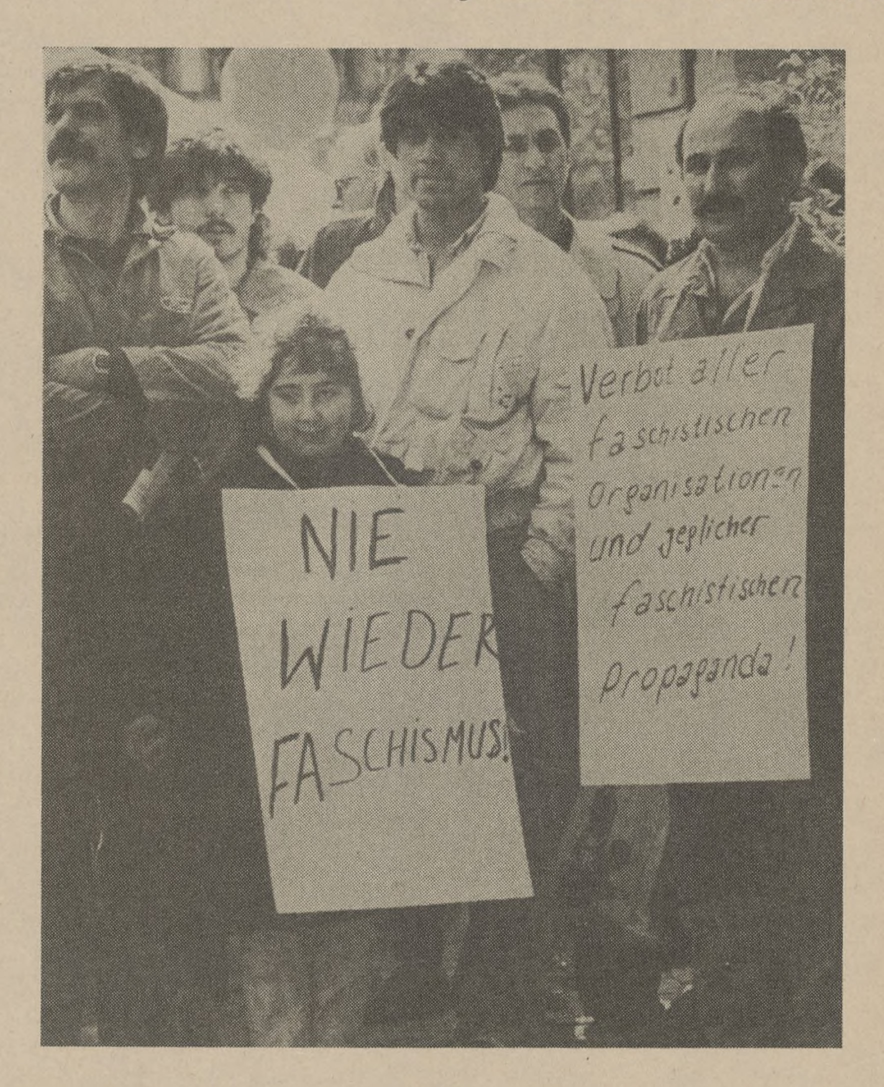
Nirgendwo gelang es den REP in Schleswig-Holstein bei den Kommunalwahlen am 25. März 1990 Parlamentssitze zu erringen. Konnten in Kiel die faschistischen Parteien REP und DVU bei den Europawahlen zusammen noch 6182 Stimmen (= 5.9 %) erringen, so waren es im März "nur" 2885 Stimmen (=2.4%), dieses Mal für die REP allein.

Nicht wenige BeobachterInnen der rechtsextremistischen Szene in der Bundesrepublik haben das Abschneiden der REP bei den letzten Kommunal- und Landtagswahlen als Anfang vom Ende dieser neofaschistischen Partei interpretiert. Eine solche Einschätzung scheint durch die aktuellen Auseinandersetzungen an der Parteispitze um die Person Schönhubers und den Posten des Parteivorsitzes bestätigt zu werden. Entwarnung also in Sachen "REPUBLIKANER" ?

So erfreulich es ist, daß in Schleswig-Holstein die Faschisten in kein Rathaus einziehen konnten, so unverantwortlich wäre es, die Hände in den Schoß zu legen und die antifaschistischen Aktivitäten zurückzuschrauben oder einzustellen. Wer die faschistische Gefahr als erledigt betrachtet, übersieht einige wichtige Aspekte:

- Die Ereignisse in der DDR und das propagandistische Trommelfeuer für den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik haben mit der starken Betonung des Nationalen zu einem gesamtgesellschaftlichen Rechtsruck geführt. Regierungskoalition und SPD haben die "nationale Frage" und die Debatte um ihre Verwirklichung in den Vordergrund des politischen Geschehens gerückt und so die deutschnationalen WählerInnen den REPs zunächst abspenstig machen können. In Schleswig-Holstein hat die CDU zudem mit Ottfried Hennig (vgl. Porträt in der ATZE Nr. 5 vom April 1989) einen Landesvorsitzenden, dessen aggressiv-deutschnationaler Kurs es auch Rechtsextremisten erlaubt, ihre Stimme der CDU zu geben.

- Auch wenn die REPs hinter den Erwartungen zurückblieben, muß darauf hingewiesen werden, daß es auch in Kiel etliche Wahlbezirke gab, in denen die Faschisten zwischen 4 % und 5 % der Stimmen für sich verbuchen konnten. In Bayern sitzen VertreterInnen dieser faschistischen Partei in nahezu allen Kreistagen auf bis zu fünf Sitzen und nehmen dort direkt Einfluß auf die politischen Entscheidungen der Gremien.



- Die Verwischung der Grenzen zwischen reaktionären und faschistischen Positionen, die seit einigen Jahren verstärkt zu beobachten ist, setzt sich fort. So forderte bspw. Anfang Mai dieses Jahres der CSU-Spitzenpolitiker und Innenminister Bayerns Edmund Stoiber für Dealer Strafverschärfungen "bis hin zur Einführung der lebenslangen Freiheitsstrafe" und machte sich damit eine Position zu eigen, die die neofaschistischen REP seit langem vertreten.

- Die letzten Landtagswahlen haben den REP zudem erneut einige hunderttausend Mark an Wahlkampfkostenerstattung eingebracht. Das Geld wird besonders dort willkommen sein, wo es beim Auf- bzw. Ausbau des Organisationsgefüges helfen kann. (Damit werden dann vermutlich auch die Fälschung von Unterstützerunterschriften für die Wahlzulassung, wie sie im

Vorfeld der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein zumindest vom Kreiswahlausschuß Rendsburg-Eckernförde festgestellt wurde, und die damit verbundenen negativen Schlagzeilen seltener werden.)

Erfolgreiche Arbeit von AntifaschistInnen?

Das hinter den Erwartungen zurückbleibende Abschneiden der Faschisten ist zudem kaum der Stärke und den Aktivitäten einer antifaschistischen Bewegung zu verdanken. Das Kieler "Aktionsbündnis gegen faschistische Wahlpropaganda" nahm zwar seine Ankündigung, öffentlichen Veranstaltungen der REP nicht tatenlos zuzusehen, ernst und behinderte die Propagandaaktionen der REP in der Kieler Innenstadt massiv. Trotz der Zustimmung recht vieler vorbeikommender PassantInnen blieb die Ausstrahlungskraft der Aktivitäten gering. Und gemessen an der drohenden Gefahr des Einzugs von VertreterInnen einer neofaschistischen Partei ins Kieler Rathaus und der Tatsache, daß FaschistInnen in aller Offenheit ihre Hetze verbreiteten, war die aktive Beteiligung an den antifaschistischen Aktivitäten viel zu niedrig.

Die faschistische Gefahr ist leider noch lange nicht gebannt, und die REPUBLIKANER werden auf absehbare Zeit die wichtigste Wahlpartei dieses Spektrums bleiben. Aufgaben gibt es für Schleswig-Holsteins AntifaschistInnen daher genug. Nach wie vor bleibt die Aufklärung über den faschistischen Inhalt der REP-Politik dringend; beobachtet werden müssen zudem die Verbindungen der REP zu anderen Organisationen des faschistischen Spektrums und ihre Versuche, sich über die Kontakte zu Institutionen und Gruppierungen, die zunächst als seriös gelten, demokratische Anerkennung zu verschaffen (vgl. Artikel in diesem Heft). Mehr Beachtung als bisher sollte auch der hohe Anteil von Polizeibeamten bei den REPUBLIKANERN finden. Die Fülle der Aufgaben, deren erfolgreiche Bewältigung ein wichtiger Beitrag dazu wäre, den FaschistInnen und ihren Hintermännern das Wasser abzugraben, macht erneut deutlich, wie wichtig der Austausch und die Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen des Antifaschismus ist. In Kiel steht dafür nach wie vor das Antifaschistische Forum zur Verfügung.

"Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft"

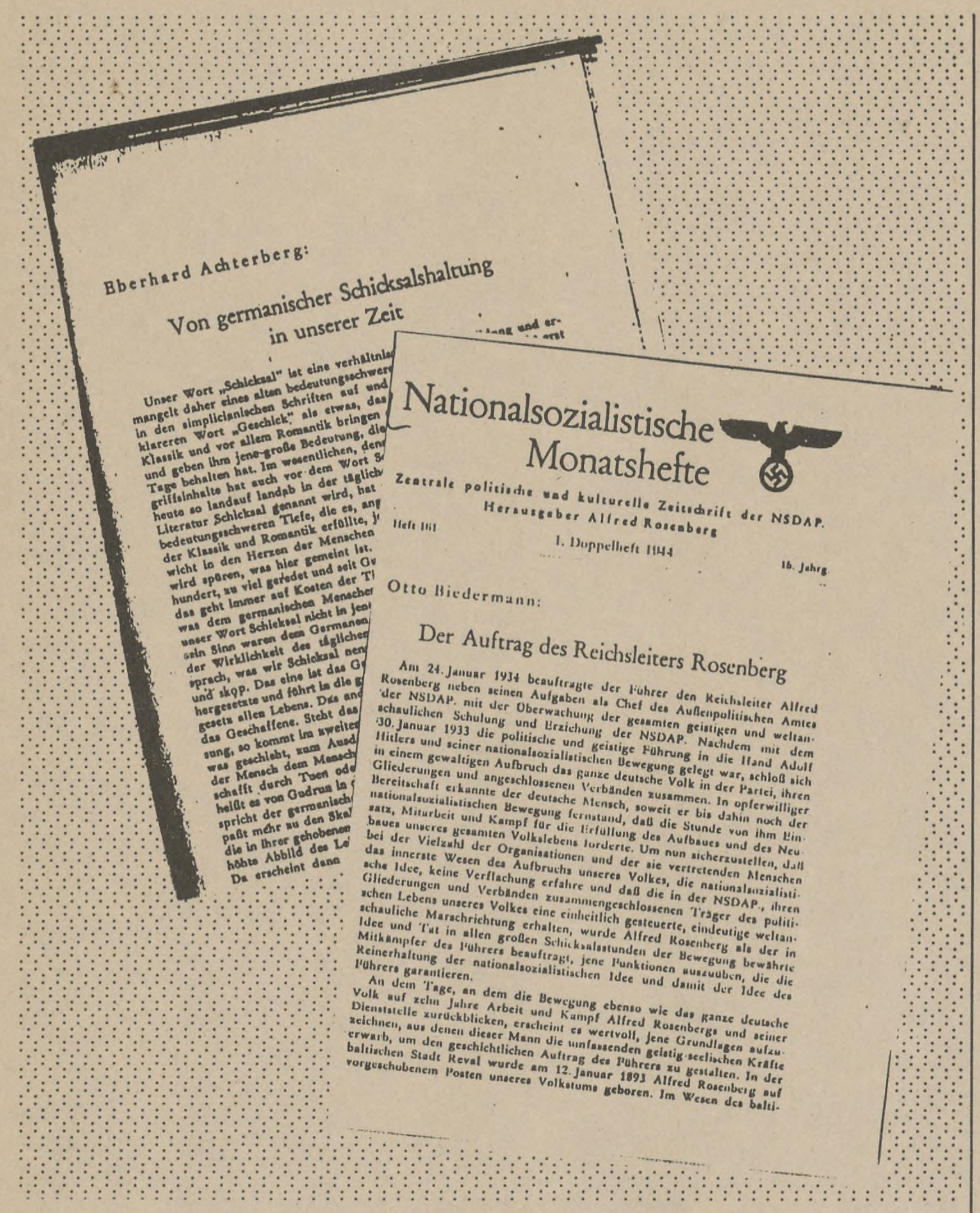
Zieht die völkisch rassistische Sekte auch in Kiel gegen AntifaschistInnen vor Gericht?

Heftige juristische Auseinandersetzungen finden zur Zeit zwischen der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft (DUR)" und Antifaschisten aus Nordrhein-Westfalen statt. Mehrere Prozesse sind anhängig, mit denen die DUR eine Charakterisierung als "völkisch-rassistische Sekte" und "nazistische Tarnorganisation" gerichtlich untersagen lassen will. Bisher vergeblich. Die DUR ist als "Deutsche Unitarier Kiel" auch in unserer Stadt, vor allem in der Sozial- und Altenarbeit, tätig. Bereits vor etwa anderthalb Jahren hatte die VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten) Informationen über die DUR veröffentlicht. ATZE greift das Thema auch deshalb auf, weil ein führender Mitarbeiter des Jugendamtes - dort u.a. zuständig für die Kindertagesheime - vor kurzem zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden der Kieler Unitarier-Gemeinde gewählt wurde.

Nach der Zerschlagung des Faschismus in Europa suchten hohe Funktionäre von NSDAP, SA und SS, Nazi-Ideologen und Rassisten nach Möglichkeiten, wie sie ihre verbrecherische Weltanschauung in das Nachkriegseuropa hinüberretten konnten. Ein Ergebnis dieser Bemühungen war der Versuch, unter dem Deckmantel der freien Religionsausübung weiterhin Antisemitismus und Herrenmenschen-Ideologie zu pflegen.

Da kam das Angebot des freiprotestantischen Pfarrers Rudolf Walbaum, der bereits 1933 durch sein Bekenntnis zum Nazismus und zu Hitler aufgefallen war, gerade recht. Er riet den Nazi-Funktionären zum Eintritt in seine kleine Sekte im Rheinhessischen. Mit Erfolg diese übernahmen dort bald die Macht und benannten sie in "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" um.

So traf sich in der späteren DUR bereits bis zum Beginn der 50er Jahre eine große Zahl ehemaliger Nazi-Funktionäre. Einige Beispiele müssen hier genügen:
- Eberhard Achterberg: Chefredakteur des vom NSDAP-Ideologen Rosenberg herausgegebenen NSDAP-Intellektuellen-Blattes "Nationalsozialistische Monatshefte" und Chef der Abteilung für "Juden- und Freimaurerfragen" des "Amtes Rosenberg" der NSDAP; nach 1950 hauptamtlicher "Sprecher" der DUR und Leiter des Sektenorgans "glaube und tat". Seine Schriften, auch solche von vor 1945, werden bis heute von der DUR verbreitet.
- Herbert Böhme: Mitglied der obersten SA-Führung, Reichspropagandaleitung der NSDAP, Lektor des Zentralverlages der NSDAP, ab 1946/47 Führer des Aufbaus der "Deutschen Unitarier", ab 1950 religiöser Leiter der Sekte.
- Wilhelm Hauer: ein führender rassistischer Ideologe der "Deutschgläubigen" in den 20er/30er Jahren und Chef der "Deutschen Glaubensbewegung", wurde ab 1950 nach Aussagen abgesprungener Sektenmitglieder wie ein "Papst" der DUR verehrt.
- Herbert Grabert: Mitarbeiter von Rosenbergs "Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete", Nazi-Hochschullehrer mit Lehrverbot nach 1945, Gründer des neofa-



Eberhard Achterberg:

Von germanischer Schicksalshaltung in unserer Zeit

Nationalsozialistische Monatshefte

Zentrale politische und kulturelle Zeitschrift der NSDAP.
Herausgeber Alfred Rosenberg

Heft 161 — 1. Doppelheft 1944 — 15. Jahrg.

Otto Biedermann:

Der Auftrag des Reichsleiters Rosenberg

Am 24. Januar 1934 beauftragte der Führer den Reichsleiter Alfred
Rosenberg neben seinen Aufgaben als Chef des Außenpolitischen Amtes
der NSDAP. mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltan-
schaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP. Nachdem mit dem
30. Januar 1933 die politische und geistige Führung in die Hand Adolf
Hitlers und seiner nationalsozialistischen Bewegung gelegt war, schloß sich
in einem gewaltigen Aufbruch das ganze deutsche Volk in der Partei, ihren
Gliederungen und angeschlossenen Verbänden zusammen. In opferwilliger
Bereitschaft erkannte der deutsche Mensch, soweit er bis dahin noch der
nationalsozialistischen Bewegung fernstand, daß die Stunde von ihm Ein-
satz, Mitarbeit und Kampf für die Erfüllung des Aufbaues und des Neu-
baues unseres gesamten Volkslebens forderte. Um nun sicherzustellen, daß
bei der Vielzahl der Organisationen und der sie vertretenden Menschen
das innerste Wesen des Aufbruchs unseres Volkes, die nationalsozialisti-
sche Idee, keine Verflachung erfahre und daß die in der NSDAP., ihren
Gliederungen und Verbänden zusammengeschlossenen Träger des politi-
schen Lebens unseres Volkes eine einheitlich gesteuerte, eindeutige weltan-
schauliche Marschrichtung erhalten, wurde Alfred Rosenberg als der in
Idee und Tat in allen großen Schicksalsstunden der Bewegung bewährte
Mitkämpfer des Führers beauftragt, jene Funktionen auszuüben, die die
Reinerhaltung der nationalsozialistischen Idee und damit der Idee des
Führers garantieren.

An dem Tage, an dem die Bewegung ebenso wie das ganze deutsche
Volk auf zehn Jahre Arbeit und Kampf Alfred Rosenbergs und seiner
Dienststelle zurückblicken, erscheint es wertvoll, jene Grundlagen aufzu-
zeichnen, aus denen dieser Mann die umfassenden geistig-seelischen Kräfte
erwarb, um den geschichtlichen Auftrag des Führers zu gestalten. In der
baltischen Stadt Reval wurde am 12. Januar 1893 Alfred Rosenberg auf
vorgeschobenem Posten unseres Volkstums geboren. Im Wesen des balti-

schistischen "Grabert-Verlages", 1960 wegen verfassungswidriger Nazi-Propaganda zu Freiheitsentzug verurteilt.

- Fritz Castagne: rassistischer Mitstreiter Hauers in den 30er Jahren, in den 60er und 70er Jahren Chef und bis zu seinem Tod Mitte der 80er Mitglied des Redaktionsstabes des DUR-Sektenorgans "glaube und tat/ unitarische blätter", 1982 Mitbegründer und Kandidat der "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung".
- Dietrich Klagges: 1933 Nazi-Ministerpräsident des Landes Braunschweig, Anfang der 50er Jahre wegen seiner brutalen Verbrechen im Rahmen der SS erst zu lebenslänglich, dann zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Zur unangefochtenen Chefideologin der DUR wurde ab den 60er Jahren Sigrid Hunke, die 1940/41 bei dem SS-Rasse-Psychologen L.F. Clauß, der nach 1945 Lehrverbot erhielt, promoviert hatte. Hunke war ab 1971 Vizepräsidentin und seit 1985 Ehrenpräsidentin der DUR. Im selben Jahr erhielt sie den "Schiller-Preis" des im Verfassungsschutzbericht als rechtsextremistisch eingestuften "Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes". Hunke trat 1988 aus der DUR aus; ihre "religionswissenschaftlichen" Arbeiten bilden auch heute noch den Kern der Weltanschauung der DUR.

Die Ideologie der DUR

Wer nur einen oberflächlichen Blick in die lokalen Publikationen der DUR, z.B. die Monatsschrift der "Deutschen Unitarier Kiel", den "Blick" wirft, kann leicht über den völkisch-rassistischen Charakter der Sekte getäuscht werden. In den zentral erscheinenden, DUR-eigenen Publikationen leitet die DUR ihre ideologische Herkunft zu einem erheblichen Teil von der "Deutschen Glaubensbewegung (DG)" Hauers ab.

Nach Angaben des Exil-Informationsdienstes der SPD, der von 1934-1940 erschien, war diese DG die eigentliche Religionsgemeinschaft der HJ- und SA-Kader. In einem Flugblatt der DG von 1935 hieß es: "Wir wissen, daß die Gegebenheiten, Volk und Rasse, Blut und Boden, unseren Glauben bestimmen, der darum nur ein deutscher sein kann... Wir stehen bewußt und vorbehaltlos zu den Grundsätzen und Forderungen des nationalsozialistischen Staates, ja, wir sehen in der erfolgreichen nationalsozialistischen Revolution die Vorbedingung zu einem erfolgreichen Kampf für unseren freien deutschen Glauben".

Hauers Massenauftritte im Rahmen des "NS-Kulturkampfes" wurden von SA- und SS-Saalschützern bewacht, christliche Zwischenrufer verprügelt und christliche Jugendliche aus dem Rheinland von der DG bei der NSDAP denunziert und daraufhin oft verhaftet. In dem von Hauer 1934 veröffentlichten Hauptwerk "Deutscher Glaube" bezeichnet er das Judentum und das aus ihm hervorgegangene Christentum als den Deutschen "artfremd". Nach weiteren Buchveröffentlichungen, u.a. zusammen mit dem obersten Nazi-Rassentheoretiker Hans F.K. Günther, schrieb Hauer noch 1944 (Aachen war bereits vom Faschismus befreit !): "Ich hoffe, ... daß im Willen Adolf Hitlers in der Tat der Wille Gottes zum Ausdruck kommt .. Heil Hitler! Wilhelm Hauer".

In den 50er Jahren beschloß das oberste theologische Gremium der Deutschen Unitarier", der "Geistige Rat", das Hauer-Buch "Deutscher Born" zum Hauptgebetsbuch der Sekte zu machen. In der Sektenzeitschrift "unitarische blätter" beruft sich die DUR bis zum heutigen Tage auf Hauer als einen ihrer Stammväter.

Das ideologische Erbe dieser faschistischen Denktradition hat Sigrid Hunke u.a. mit ihrem Buch "Europas andere Religion"(1969) angetreten. Auch wenn sie der Sekte heute nicht mehr angehört, so zitiert der heutige unumstrittene Sektenpräsident Horst Prem sie in fast allen seinen Reden und Schriften.

Die Grundprinzipien ihrer faschistischen Theologie sind: jedes Volk hat seine eigene, "artgemäße" Religion. Der christliche Glaube an die Gleichheit der Menschen sei

den "wüstenländischen" Völkern des Nahen Ostens eigen". Den 'ArierInnen' "artgemäß" sei dagegen der pantheistische Glaube, daß der eine All-Gott sich auch im ('arischen') Menschen verwirkliche und dessen Wesen sich auch in der angeblich naturgegebenen Ungleichheit der Menschen zeige. Die Unterscheidung zwischen den ethischen Kategorien des Guten (erstrebenswert) und des Bösen (zu vermeiden) wird abgelehnt und ersetzt durch ein "Schicksal", in das sich das Individuum gestellt sehe und in dem es sich "sieghaft bewähren" (Hauer) müsse. In ihrem Buch "Tod - was ist Dein Sinn?" (1986) betreibt Hunke schließlich die Verwischung des grundlegenden Unterschiedes zwischen Leben und Tod eines Inidividuums: dieses sterbe und lebe vor allem für Sippe und Volk und lebe biologisch wie ideell in Sippe und Volk fort: ein Freibrief für die Forderung nach dem "Heldentod" im Kampf gegen andere Völker.

Diese Prinzipien haben weitgehende ethische Folgen: wenn es kein zu vermeidendes Böses gibt, sondern nur unausweichliches "Schicksal", wenn alles Handeln der 'ArierInnen' Gottes Handeln sein soll, dann läßt sich selbst Auschwitz als göttliche Tat rechtfertigen. Wer kein universelles ethisches Prinzip anerkennt, das alle Menschen in gleicher Weise bindet (Menschenrechte z.B.), macht sich selbst zum einzigen Kriterium seines Handelns. FaschistInnen sind sich selbst Gott.

DUR in der Klemme

Die Recherchen und Veröffentlichungen der Bonner AntifaschistInnen haben vielerorts bereits Unruhe in die sonst so ungestört arbeitenden DUR-Gemeinden gebracht. Die DUR bemüht sich daher seit einiger Zeit, den AntifaschistInnen die Charakterisierung der Sekte als "völkisch-rassistisch" und "nazistische Tarnorganisation" gerichtlich zu untersagen. Bisher ohne Erfolg. Das Landgericht Berlin lehnte dieses Ansinnen der DUR im Januar 1990 im wesentlichen ab. Die Sekte darf weiterhin als "völkisch-rassistisch" und als "nazistische Tarnorganisation" bezeichnet werden, da - so heißt es in der Urteilsbegründung - "bis in die jüngste Vergangenheit beim Kläger (der DUR) in maßgeblichen Positionen solche Personen tätig waren, die eben nationalsozialistisches Gedankengut vertreten haben". Die Sekte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt und gleichzeitig eine Verlängerung der Frist zur Begründung der Berufung beantragt. Sie hat offenbar Schwierigkeiten, die nötigen Beweise für die Berufungsbegründung zusammenzubekommen.

Der Prozeß wird vor dem als konservativ geltenden Berliner Kammergericht fortgesetzt werden. Sollte die DUR auch dort unterliegen, ist damit zu rechnen, daß sie auch den Bundesgerichtshof anruft. Ein Bestand dieses Urteils würde die DUR aus ihrer bisher kaum beachteten Rolle reissen und hoffentlich dazu führen, daß die Geldmittel, die die DUR als Mitglied des "Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes" (DPWV) aus dem Aufkommen der Wohlfahrtsbriefmarken erhält, versiegt.

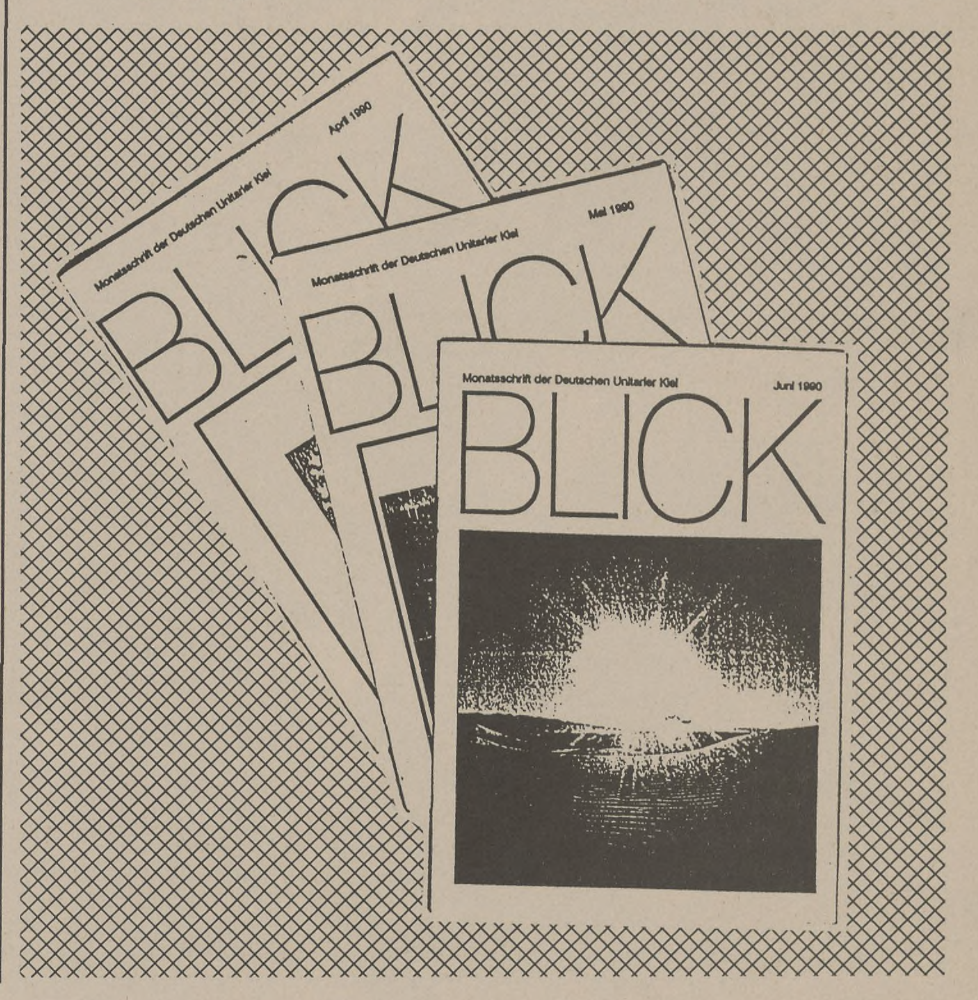
Zieht die DUR auch in Kiel vors Gericht?

Als die Kieler VVN/BdA Ende 1988 einen ersten Artikel über die DUR in Kiel veröffentlichte, drohte der damalige Gemeindeleiter Wolfgang Deppert, Privatdozent für Philosophie an der Uni in Kiel und Leiter des Geistigen Rates der DUR, juristische Schritte an. Letztlich gab er sich mit dem Abdruck einer Gegendarstellung zufrieden.

Diese Gegendarstellung wiederum spricht für sich:

- Deppert verliert kein Wort zu der Tätigkeit wichtiger Gemeindemitglieder in neofaschistischen Organisationen. Fritz Castagne, von dem in diesem Artikel schon einmal die Rede war, legte 1939 an der Philosophischen Fakultät der Kieler Uni seine Dissertation mit dem bezeichnenden Titel "Der Schicksalsgedanke im altisländischen Schrifttum als Kennzeichen nordischer Rassenseele" vor. Castagne bezieht sich in seiner Arbeit zustimmend auf den NS-Rassetheoretiker Günther und den ebenfalls bereits erwähnten Hauer. 1982 gründet er die neofaschistische "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" mit und kandidiert bei den Kommunalwahlen.

- Weitere KLA-KandidatInnen, nämlich Else Castagne und Frau van Hettinga, dürften Deppert auch nicht unbekannt sein. Erst in diesem Frühjahr sind beide in wichtige



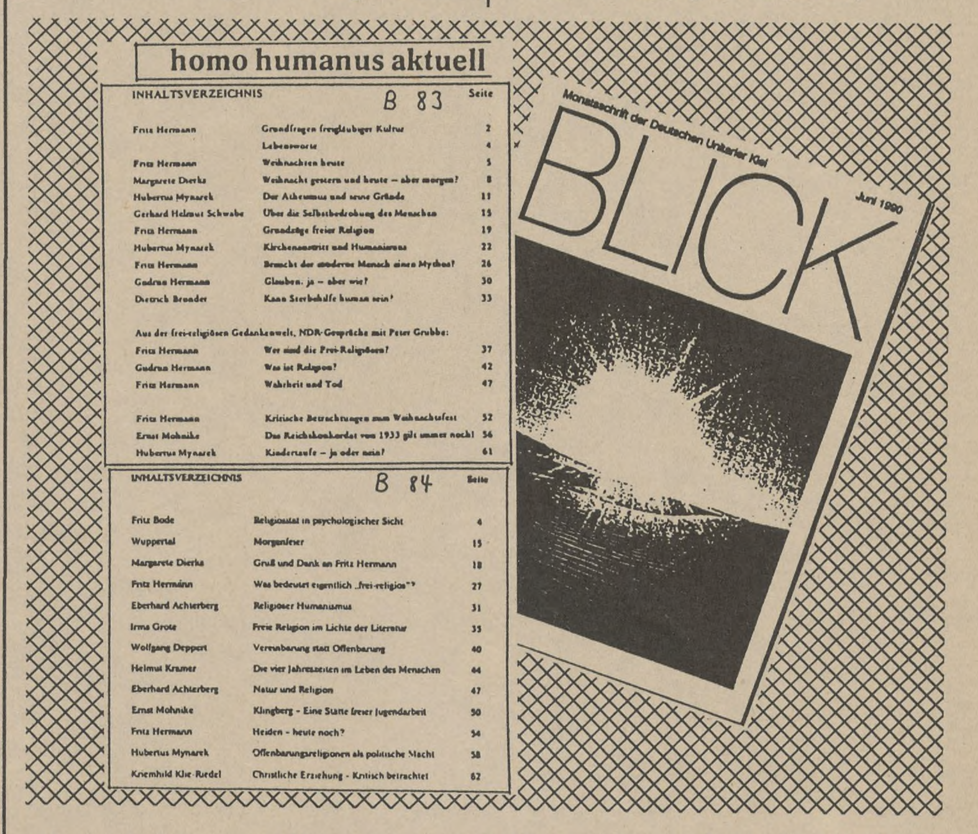
DUR-Gemeindefunktionen aufgerückt. Else Castagne wurde zur ersten stellvertretenden Gemeindeleiterin gewählt (das Amt des Gemeindeleiters blieb mangels KandidatIn unbesetzt!); Frau van Hettinga ist für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

- Schließlich versucht Deppert, die eindeutige Traditionslinie der DUR zu leugnen, indem er behauptet: “Die Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft ist die Rechtsnachfolgerin der Religionsgemeinschaft ‘Freie Protestanten von Rheinhessen’, die 1876 gegründet und 1902 in das Vereinsregister in Worms eingetragen wurde. Der Untertitel Deutsche Unitarier wurde ab 1912 in der Zeitschrift der Freien Protestanten verwendet und 1950 zur Bezeichnung dieser Religionsgemeinschaft”. Auch hierzu hat sich das Berliner Landgericht Anfang 1990 geäußert. Danach darf über die von der DUR und Herrn Deppert verbreiteten Geschichtslegenden gesagt werden: “Es ist richtig, daß die DUR seit einigen Jahren die Geschichte der Freien Protestanten in Rheinhessen als die eigene Geschichte beansprucht, um ihre faschistische Herkunft zu vertuschen”.

Das demokratische Mäntelchen der DUR wird immer knapper. In der Juni-Ausgabe der Kieler Unitarier-Schrift “Blick” werden Schriften der eng mit der DUR verflochtenen “Eekboom-Gesellschaft” zu Sonderpreisen zum Verkauf angeboten. Die nun angebotenen Bücher der Reihe “homo humanus aktuell”, die unter Mitwirkung auch von Fritz Castagne erstellt wurde, enthalten wiederum mehrere Aufsätze des eingangs erwähnten NSDAP-Funktionärs Eberhard Achterberg. Offensichtlich hat sich am völkisch-rassistischen Charakter der DUR seit der Gründung nichts entscheidendes geändert.

In den 50er Jahren bekamen die DUR-Jugendlichen für ihre Kinderzimmer “10 heilige Pflichten” ausgehändigt, von denen die 4. hieß: “Halte Dein Blut rein!”. Im Frühjahr 1990 wird der für die Kindertagesstätten zuständige Abteilungsleiter im Jugendamt der Stadt Kiel zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden der DUR-Gemeinde in Kiel gewählt !!

(Über die DUR informiert ausführlicher eine Broschüre der “Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus”, die gegen einen Kostenbeitrag von 2.- (incl. Versand) bei der Redaktionsadresse der ATZE angefordert werden kann. Ihr ist weite Verbreitung zu wünschen.)



homo humanus aktuell

INHALTSVERZEICHNIS B 83

INHALTSVERZEICHNIS B 84

Kieler Unitarier empfehlen zur Lektüre: NSDAP-Funktionär Eberhard Achterberg

Kiel: Republikaner gründen "DSU-West"

Von ehemaligen Mitgliedern der Kieler REPs wurde Mitte April die Gründung eines Bundesverbandes der DSU (Deutsche Soziale Union) bekanntgegeben. Mit Robert Kreft und Alexander Jurgaitis haben mindestens zwei der neun Gründungsmitglieder noch wenige Wochen vorher für die neofaschistischen REP zur Kommunalwahl kandidiert. Noch liegt kein Programm vor, aber wer den engagierten Einsatz der jungen REPs im Kieler Wahlkampf erlebt hat, kann getrost ausschließen, daß etwas anderes als ein Aufguß der braunen REP-Soße dabei herauskommt - auch wenn man sich selbst als "liberal-konservativ" bezeichnet und als "konservative Alternative zum bestehenden Parteienspektrum" versteht.

Inzwischen gibt es die DSU gleich in drei Ausführungen; der Bonner Verein besteht aus Polizisten, pensionierten Militärs und Angehörigen der Schlesischen Landsmannschaft und will mit der jüngst in Düsseldorf gegründeten nichts zu tun haben; die Düsseldorfer Gründung um Herbert Zaunbrecher besteht ebenfalls aus ehemaligen REP-Mitgliedern, darunter drei Mitgliedern des Düsseldorfer Stadtrates. Letztere wollen sich mit der Kieler Gründung über ein gemeinsames Vorgehen beraten. Im Mittelpunkt steht dabei der Organisationsaufbau und die Zusammenarbeit mit der DSU der DDR.



Ex-RHV-Funktionär Wolf (im Bild rechts) setzt große Hoffnungen auf die DSU (daneben Hans Ulrich Kopp und Alexander von Schrenck-Notzing)

DSU - Partnerin der CSU und Hoffnung der Rechtsextremen

Auch wenn eine enge Zusammenarbeit mit der DDR-DSU zunächst unwahrscheinlich und die von Jurgaitis genannte Zahl von 700 an der Partei Interessierten übertrieben scheint, so könnte eine vereinte DSU mit großer Sicherheit von den Parteiauseinandersetzungen bei den REP profitieren. Bereits heute werden die DSU-DDR und die Chancen einer gesamtdeutschen Ausdehnung im rechtsextremen Lager aufmerksam beobachtet. So sieht etwa Alexander Wolf, ehemaliger Funktionär des Studentenverbandes der REP, die DSU als "Chance, bundesweit eine seriöse konservative Partei zu etablieren, die vom nationalkonservativen Bürgertum getragen wird". Er verbindet damit gleichzeitig die Hoffnung, sie möge "nicht allzu heftig der üblichen Antifa-Diskriminierung ausgesetzt sein" (Criticón 118, März/April 1990, S. 70).

Daß dieser Wunsch in Erfüllung geht, erscheint zweifelhaft. So hat etwa der DDR-Entwicklungshilfeminister Ebeling verlauten lassen, er werde wegen "rechtsradikaler Tendenzen" aus der DSU, die einen Zusammenschluß von zwölf kleineren Gruppierungen darstellt, austreten. Dies ficht die CSU als derzeitige bundesdeutsche Partnerin der DSU freilich genausowenig an wie die brutalen Angriffe von Nazi-Skins, REPs und DSU-Ordnern auf eine antifaschistische Demonstration anläßlich des Kohl-Auftritts am 14. März in Leipzig. Im Gegenteil: zur Zeit wird intensiv über eine engere Zusammenarbeit beraten.

DSU - die gabs schon einmal

Schon einmal in der bundesdeutschen Parteiengeschichte gab es eine DSU. Die Partei wurde 1956 von Otto Strasser gegründet. Strasser, Teilnehmer an Hitlers Staatsstreichversuch 1923, trat 1924 der NSDAP bei und organisierte während der Inhaftierung Hitlers an führender Stelle die Partei neu. 1930 überwarf er sich mit Hitler - beide verfolgten unterschiedliche Konzepte faschistischer Politik - und ging 1938 nach Kanada.

Von dort kehrte er 1955 zurück und organisierte die DSU auf der Grundlage eines völkisch-nationalen Rechtsextremismus. Seinem Verständnis nach sollte der demokratische Pluralismus durch die Idee einer "staatstragenden Elite" ersetzt werden, die an der Spitze eines neutralen und bewaffneten Deutschland zu stehen hätte. Die Bemühungen, mit diesem Ansatz bei Kriegsflüchtlingen Anklang zu finden und mit anderen rechtsextremen Gruppierungen Bündnisse einzugehen, scheiterten. Die Partei löste sich 1962 auf, nachdem es bereits vorher zu verschiedenen Abspaltungen - so gründete Johannes Hadler 1959 in Kiel die "Neutrale Deutsch-Soziale Union (NDSU)" - gekommen war.

So muß sich die DSU nicht nur nach dem Verhältnis zu ihrem historischen Vorläufer, sondern auch dem Wirken der vielen REPs in ihren Reihen fragen lassen. Diese neue Partei verdient in jedem Fall die Aufmerksamkeit der AntifaschistInnen.

Drohbriefterror gegen die Rote Hilfe

Seit Monaten werden in Heilbronn Linke, oder wer dafür gehalten wird, durch FaschistInnen terrorisiert. Drohanrufe und Telefonterror, Drohbriefe und physische Angriffe bis hin zum Brandanschlag, gehören zum Repertoire der Nazis. Nun hat die faschistische Drohbriefkampagne einen neuen Höhepunkt erreicht. Am 30.4.1990 wurden pünktlich zum 1.Mai bei ALL(Alternative Liste ????)-KandidatInnen, SPD'lerInnen, AusländerInnen, bei LeserbriefschreiberInnen und anderen AntifaschistInnen Drohbriefe eines "Antistalinistischen Säuberungskommandos" zugestellt. Die FaschistInnen haben als Absender dieses Geschmieres die Adresse der Roten Hilfe Kiel verwandt. Auffällig war, daß alle Briefe freigestempelt waren und in den meisten Fällen keine Nachgebühr verlangt wurde, obwohl keiner der Drohbriefe frankiert war. U.a. spricht diese Tatsache dafür, daß die DrohbriefschreiberInnen und/oder VerteilerInnen bei der Post arbeiten. Der postinterne Sicherheitsdienst sagte zu, in diese Richtung zu ermitteln, konnte aber lediglich den Inhaber der Telefonnummer, die auf den Drohbriefen angegeben ist, und die InhaberInnen des Rote Hilfe-Postfachs rausfinden. Eigene Nachforschungen, die erfolgreicher waren, ergaben, daß die Telefonnummer bis zum 1.4.90 die Kontakttelefonnummer des NPD-Kreisverbandes Heilbronn war, daß die jetzigen Inhaber des Anschlußes glaubhaft nichts mit der NPD zu tun haben. Das Paket mit der vierteljährlich erscheinenden RH-Zeitung, von der die FaschistInnen das Adressfeld der Absenderin abkopiert haben, war fast 3 Wochen bei der Post "verschollen", und wurde dann zerfleddert und geöffnet zugestellt. Die Ortsgruppe Heilbronn der RH hat zu einem Treffen eingeladen, um das weitere Vorgehen gegen die FaschistInnen zu besprechen.

§ 218 gesamtdeutsch?

Der erneut aufflammende Widerstand gegen den § 218 und die Forderung nach der ersatzlosen Streichung dieses Paragraphen findet seinen aktuellen Bezug in den sogenannten "Wiedervereinigungs"-Bestrebungen und dem jüngsten juristischen Vorgehen Bayerns und Baden-Württembergs gegen die Durchführung der § 218 (a und b) und § 219. Der bisherige Verlauf der "Wiedervereinigung" hat deutlich gezeigt, daß im Grunde bundesrepublikanische Machtinteressen die DDR vereinnahmen (und diese sich vereinnahmen läßt).
Ebenso wie die selbstverständliche Angleichung im wirtschaftlichen Bereich in die Wege geleitet wurde, besteht die Gefahr, daß die Gesetzgebung in diesem Sinne vereinheitlicht wird. Für die Regelung der Abtreibung in der BRD und DDR bedeutet dies unter Umständen die Übernahme des § 218 und damit den Wegfall der Fristenlösung, wie sie in der DDR im § 153 geregelt ist.
Solch eine "gesamtdeutsche" Lösung würde Tür und Tor öffnen für weitere restriktive Bestrebungen, um den § 218 zu verschärfen, da sie eine erneute Manifestation der derzeitigen Verhältnisse in der BRD bedeutet. Diese Art von Maßnahme ignoriert jegliche Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Diskussion der verschiedenen Abtreibungsregelungen.
Wie in der BRD im Zeitraum 1974-75 erlaubt die DDR-Regelung jeder Frau den Abbruch bis zur 12. Schwangerschaftswoche ohne Angabe von Gründen. Die Attacken der Abtreibungsgegner der BRD zielen fast ausschließlich auf die Notlagenindikation des § 218, die einer Frau die Abtreibung bis zur 12. Woche bei Vorlage einer sozialen Notlage ermöglicht.
Beide Konzepte beruhen auf der nicht weiter hinterfragten Annahme, daß Abtreibung auf staatlicher Ebene, sei es nun im öffentlichen oder im strafrechtlichen Bereich, geregelt werden müßte. Die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 stellt gerade dieses Recht des Staates, diese Bevölkerungspolitik, in Abrede und verlangt die völlige Selbstverwirklichung der Frauen.
Womit legitimiert ein Staat nun diese Einmischung, welche Machtinteressen und welches Menschenbild liegen dem zugrunde ? Den Zugriff auf die einzelne Frau erwirkt der Staat dadurch, daß er die Abtreibung unter Strafe stellt und aus seinem Allmachtsdenken heraus definiert, wann "Leben" beginnt. Was an dieser Einstellung der HERRschenden nur sehr zweifelhaft ist, ist die Tatsache, daß sie durch die unterschiedlichen Indikationsregelungen den Eindruck erwecken, es gäbe zwei qualitativ unterschiedliche Arten von Leben, die der Staat meint, unterschiedlich schützen zu müssen: das Leben, das nach der 12. Schwangerschaftswoche (soziale Indikation) unbedingt erhalten werden muß, und das, was noch bis zur 24. Schwangerschaftswoche (eugenische Indikation) abgetrieben werden kann.
Die Einteilung in wertes und unwertes Leben fußt auf einem Menschenbild, das auf der Verwertbarkeit des Individuums für die Gesellschaft basiert. Die Frauen werden dadurch degradiert zur Produktionsstätte von staatlich nutzbarem Material und in ihrer Selbstbestimmung eklatant eingeschränkt. Die Normenkontrollklage Bayerns und Baden-Württembergs zielt denn auch einzig auf die Notlagenindikation, die es Frauen zumindest teilweise ermöglicht, sich in sehr begrenztem Rahmen der reproduzierenden Funktion in der Gesellschaft zu verweigern.
Die Fristenlösung wurde 1975 als verfassungswidrig abgelehnt. Mit Hilfe der Normenkontrollklage wird nun versucht, die Praxis des § 218 zu verschärfen. Sie wurde von Bayern initiiert, um über den formaljuristischen Weg die bayrische Handhabung des § 218 bundesweit zu etablieren. In Bayern müssen Beratung, Indikationsstellung und Abbruch personell, institutionell und räumlich getrennt vorgenommen werden. Die Beratungslizenzen werden zum großen Teil an konfessionell gebundene Einrichtungen vergeben. Die drei Pro-Familia-Stellen, die es in Bayern gibt, führen entweder nur Beratung oder Indikationsfeststellungen durch. Ambulante Eingriffe sind verboten, die Frau muß sich für den Abbruch stationär aufnehmen lassen. Zudem richtet sich die Klage auch gegen die Kostenübernahme des Abbruchs durch die Krankenkassen und begründet dies damit, daß eine Schwangerschaft keine regelwidrige, unverschuldete Gesundheitsbeeinträchtigung sei. Eine Argumentation, die ohne weiteres auch auf andere, z.B. AIDS-Kranke, anwendbar ist.
Das Vorgehen Bayerns ist nur ein Beispiel in der langen Reihe der Übergriffe auf Frauen und der Instrumentalisierung des § 218 (Memmingen, Neuwied, Beratungsgesetz). Deshalb fordern wir die ersatzlose Streichung des § 218 und befürworten jede Einrichtung, die eine selbstbestimmte Entscheidung von Frauen zuläßt und ihre Umsetzung in einer an den Bedürfnissen von Frauen orientierten Umgebung ermöglicht.



Das Spinnennetz der "Republikaner"

Die REPUBLIKANER haben sich, spätestens mit ihren spektakulären Wahlerfolgen im ersten Halbjahr 1989, zur gegenwärtig wichtigsten faschistischen Wahlpartei der Bundesrepublik entwickelt und dabei wie ein Staubsauger FaschistInnen verschiedenster Organisationen, Strömungen und Gruppen angezogen. Die Partei versucht sich trotzdem einen demokratischen Anstrich zu geben, um Kontakte ins konservative politische Spektrum zu ermöglichen. So wurde das Anfang 1990 verabschiedete neue Parteiprogramm der REP von den Formulierungen her darauf zugeschnitten, auch für CDU und CSU koalitionsfähig zu sein. Zusätzlich wird versucht, Einfluß auf diese Parteien sowie ihnen nahestehende Einrichtungen und Organisationen zu nehmen. Die ATZE-Grafik zeigt wichtige Verbindungen der REP zu anderen rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Versuche der Einflußnahme im reaktionären und konservativen politischen Spektrum in Schleswig-Holstein.

DSU

siehe Extra-Artikel in dieser ATZE

REPUBLIKANER

BHJ

Der "Bund Heimattreuer Jugend", eine rechtsextreme Jugendorganisation, der in Kiel mit der von Dietmar Munier betriebenen "Buchhandlung am Dreiecksplatz" über einen regional nicht wegzudenkenden Stützpunkt verfügt, stellt einen Teil der Mitglieder der Kieler REP. Im Wahlbezirk 14 trat zur Kommunalwahl bspw. Thomas Grebien für die REP an. Er ist seit 1983 als Funktionär für den BHJ tätig und gab 1984 die Nazi-Schülerzeitung LISBETH heraus, die an Kieler Schulen für Aufregung sorgte. Er zeichnet heute für das Spendenkonto "Fonds für heimattreue Jugendarbeit" bei der Kieler Spar- und Leihkasse verantwortlich.
Robert Kreft und seine ältere Schwester Sunniva, beide im BHJ, kandidierten schon bei den Landtagswahlen 1988 in den Wahlkreisen 25 und 43 für die faschistischen REP. Zur Kommunalwahl trat Robert Kreft in Kiel im Mettenhof-West (Wahlbezirk 15) an. Inzwischen hat er in Kiel die DSU mitgegründet.

LUDENDORFFER

Der "Bund für Gotterkenntnis", eher als "Ludendorffer" bekannt, ist eine extrem antisemitische und rassistische Sekte. Mehrere REP-Kandidaten sind für sie aktiv. So etwa Lothar Grünkorn; für die REP trat er zur Landtagswahl 1988 im Wahlkreis 17 an. Anfang 1989 sprach er in Kiel als Referent auf einer Ludendorffer-Veranstaltung. Oder der Nortorfer Konditormeister Hans-Werner Lepthien, über dessen Kranzniederlegung am Grab des Kriegsverbrechers Heß in Wunsiedel wir in der ATZE bereits berichteten. Er kandidierte auch zur Kommunalwahl im März wieder für die REP. In seinem Cafe finden Treffen der Ludendorffer statt.

HARM SCHEPKE

Im März 1990 kandidierte er für die REP im Kieler Wahlbezirk 9 (Ravensberg). Schepke ist Anwalt. Er hat die Söruper Nazi-Familie Pedersen in einer Verleumdungsklage gegen die "Kieler Nachrichten" vertreten. Thora Pedersen ist die Schwester von Poul Riis-Knudsen, dem dänischen Nazi-Führer. Annilise Schepke ist Vorsitzende der "Notverwaltung des Deutschen Ostens", einer Vereinigung, die Anspruch auf große Gebiete Polens, der Sowjetunion und der CSFR erhebt und für die Österreich eh zu "Deutschland" gehört.

Landsmannschaften

Seit jeher haben die Faschisten in den Landsmannschaften Anhang gesucht und auch gefunden. In Schleswig-Holstein werden die REP von Prof. Emil Schlee geführt, der hochrangiger Funktionär mehrerer dieser revanchistischen Vereinigungen war. Seine Vorträge zu diesem Thema konnte er schon lange vor seiner REP-Karriere im Kreise prominenter Faschisten abhalten, so etwa im September 1985 beim NPD-nahen "Arbeitskreis Südwest". Auch Dr. Bernd Hundrieser, der bei der Kommunalwahl 1990 in Kiel-Friedrichsort für die REP-Faschisten antrat und Anfang der 80er Jahre das berüchtigte rassistische "Heidelberger Manifest" mitunterzeichnet hat, war Funktionär der Landsmannschaft Ostpreußen. Schließlich sei noch der Kommunalwahlkandidat Rolf Debbert für den Kreis Rendsburg-Eckernförde erwähnt, der gleichzeitig Funktionär des "Kreisverbandes der Vertriebenen Deutschen" ist.

HEIMATVERBÄNDE

Es liegt uns fern, die Vereinigungen, die die plattdeutsche Sprache pflegen oder sich mit der Entwicklung der regionalen Kultur befassen, insgesamt als rechtsextrem zu bezeichnen. Tatsache ist jedoch, daß Rechtsextremisten dort, zum Teil auf führenden Posten, aktiv waren oder sind. Zu nennen wäre hier etwa Dr. Dierk Puls, der 1982 für die KLA kandidierte. Anfang 1990 tat er sich auf einer Tagung der Akademie Sankelmark zum Thema "Neuer Rechtsextremismus" mit faschistischen Äußerungen hervor. Im Mai 1990 konnte der langjährige Vorsitzende der Vereinigung für niederdeutsche Autoren "Quickborn" und der "Kieler Plattdütsch Gill" am "Kulturtelefon" Gedichte lesen. Das "Kulturtelefon" ist eine Einrichtung der Stadt Kiel.
Im "Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB)" treffen wir auf Hans-Joachim von Leesen, der für ein Nachrichtenblatt dieses Verbandes verantwortlich zeichnet. Von Leesen nahm an der Gründungsversammlung der REP in Schleswig-Holstein teil und ist Leiter der "Gesamtdeutschen Initiative Schleswig-Holstein", zu deren Veranstaltungen wiederholt prominente Faschisten eingeladen wurden.

Gesamtdeutsche Initiative Schleswig-Holstein

Als Ansprechpartner und Seminarleiter der GDI-SH nennt die als "Bürgerinitiative" firmierende Gruppierung neben Ulrike Madeya aus Kiel auch Hans-Joachim von Leesen aus Mönkeberg. Dessen Kontakte zu Faschisten reichen mindestens zurück bis zur Gründungsversammlung der REP in Schleswig-Holstein. Die im Herbst 1986 gegründete GDI ist stolz auf ihre umfangreiche Referentenliste, darunter so bekannte Vertreter faschistischer Politik wie Henning Eichberg (führender Theoretiker der nationalrevolutionären Strömung), Robert Hepp (Soziologe in Osnabrück, Autor rassistischer Schriften, mit denen er versucht, den Rassismus und die Ungleichheit der Menschen "wissenschaftlich" zu untermauern) oder Dirk Kunert, Universität von Johannesburg, häufiger Gast bei Tagungen bundesdeutscher Faschisten.
Die GDI-SH hat in den Jahren 1989 und 1990 wiederholt Wochenendseminare mit der CDU-nahen Hermann-Ehlers-Akademie durchgeführt. Eine ähnliche Zusammenarbeit gibt es auch mit der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung und der "Gesellschaft für freiheitliche Politik e.V.".

Kurdistan Solidarität

Kurdistan Solidarität in den Anfängen der Entwicklung

Trotz aller Anstrengungen der Herrschenden den Kurdischen Befreiungskampf zu diskriminieren, gibt es in den verschiedensten Städten (Kiel, Rendsburg, Neumünster, Elmshorn, Lübeck..) Fortschritte in der Solidaritätsarbeit, die sich durch verschiedene Aktivitäten und Erfahrungen zeigen. Eine gewisse Kontinuität gibt es nur ansatzweise.
Wo es einen Kurdischen Kulturverein gibt, (Rendsburg) werden auch mehr Menschen angesprochen, bis hin zu Kirche und DGB. Von den Linken aber fehlt eine kontinuierliche Information über den Befreiungskampf und die imperialistische Einmischung der BRD. Angesichts der fortschreitenden Kämpfe in Kurdistan sind die Schwierigkeiten mit der Solidarität und Unterstützung der verfolgten Kurden etwas in den Hintergrund getreten. Trotzdem gibt es in einzelnen Orten nur sporadisch Unterstützung. Wenn Unterstützung geübt wird, geht es dabei meist um die verurteilten Kurden wegen 129a. Die teilweise Rufmordkampagne von taz und GAL mit ihrem Höhepunkt 1986 hat noch immer bleibende Auswirkungen auf die Solidaritätsarbeit.

Seit Jahren gibt es in Rendsburg Beschäftigung mit der Lage in der Türkei/Kurdistan. Durch Türkei/Kurdistan-Komitee, dann AK Ausländer/Inländer, Rote Hilfe.. Die kurdischen Flüchtlinge spielten durch ihre Organisiertheit eine große Rolle in der Unterstützung der Auseinandersetzungen vor Ort, bei der es gegen die Zwangsverpflegung und für eigene Wohnungen, aber auch um die Fluchtgründe ging. Nur zu bestimmten Anlässen wurden einige Flugblätter zusammen mit Grünen, Autonomen, DKP, Volksfront, Feyka-Kurdistan, AK Ausländer/Inländer... zu Folter und Verfolgung in der Türkei und Kurdistan herausgebracht. Die grüne Rathausfraktion nahm 1987 die "Besetzung" des SPD Büros in Rendsburg von Feyka und Arbeitskreis um gegen die Kriminalisierung der Kurdischen Vereine zu protestieren zum Anlaß, um die Hetze der bürgerlichen Propaganda gegen die PKK noch einmal breitzutreten. Es wurde aber auch klar, wie wichtig es ist, ohne Wenn und Aber und ohne erhobenen Zeigefinger die berechtigten Interessen der Kurden zu unterstützen. Hauptsächlich initiiert durch die neu gegründete Rote Hilfe OG, in der zu dem Zeitpunkt fast alle Rendsburger Linken Mitglied waren, fanden kleinere Infoveranstaltungen zu Verfolgung und Befreiungskampf statt. Vor ca. 2 Jahren gründete sich der Kurdische Kulturverein Rendsburg und Umgebung e. V.. Es konnte eine Bündnisveranstaltung und Ausstellung zum Prozeß gegen Kurden und Geschichte des Befreiungskampfes in der Volkshochschule durchgeführt werden. Eine Kundgebung am 17. März zum 2.Jahrestag des Massakers an Kurden in Halabja mit der neugegründeten Musik-und Tanzgruppe hatte teilweise über 100 Zuschauer in der Fußgängerzone. An der 1. Mai-Kundgebung beteiligte sich zusammen mit dem "Linken Forum" der Kurdische-Kulturverein mit Ständen, Folklore und Rede.

Im Herbst 1989 ergreift in Kiel die Ortsgruppe der Roten Hilfe die Initiative und lädt zu einem Treffen ein. Gut besucht ist dann am 20.10. eine erste Veranstaltung mit Informationen über den Prozeß sowie einem längeren Beitrag zu westdeutschem Kapital und politischen Interessen in Nordwestkurdistan. Die Freunde des kurdischen Volkes in Hamburg unterstützen im November eine Kundgebung mit kurdischer Folklore in der Stadt. Am 19.12. wird in einer kleineren Veranstaltung über den Fortlauf des Prozesses und die Geschichte des § 129a berichtet. Am 6.3. organisiert die inzwischen aus dem Bündnis entstandene Arbeitsgruppe die Fahrt zum Prozeß, an der 45, davon aber nur 5 Deutsche teilnehmen. Die Erfahrungen des Prozeßtages werden in mehreren Kieler Publikationen veröffentlicht. Im April/Mai entsteht im Rahmen der Vorbereitung von 3 Veranstaltungen in Kiel, Neumünster und Lübeck ein Diavortrag (Bild: links) Als positiv erweist es sich, daß es inzwischen in der Arbeitsgruppe eine wenn auch kleine Gruppe von Unterstützern aus verschiedenen Organisationen gibt, die die Frage der Unterstützung der angeklagten Kurden längerfristig verfolgen will. Sie diskutiert gerade Tätigkeiten, die sowohl die berechtigten Forderungen des kurdischen Volkes und ihre Lage als auch den Prozeßverlauf bekannter machen sollen, die über ein Warten auf Veranstaltungsbesucher hinausgehen. Vorschläge sind:
eine Ausstellung, die öffentliche Aufforderung an die bürgerlichen Presse, korrekt über Kurdistan zu berichten, ein Videofilm über die gleichzeitig stattfindende Verschlechterung der Bedingungen für (nicht nur, aber auch) kurdische Asylbewerber.

Mit der Verabschiedung einer Resolution (Beschluß der IG Medien Bezirk Frankfurt vom November '89) an das OLG Düsseldorf und an die örtliche Presse sowie einer Grußadresse endete am 30. März in Elmshorn eine Veranstaltung zum Kurdenprozeß. Unterstützt vom BWK, der Volksfront, Rote Hilfe, Aktionsbündnis gegen Apartheid und Dritte-WeltLaden; aufgerufen zur Veranstaltung wurde vom Verein der Immigranten aus der Türkei (GDF). An der Veranstaltungsvorbereitung waren auswärtige Kräfte, Freunde des kurdischen Volkes Hamburg und Rote Hilfe Kiel, beteiligt. Die Beteiligung war eher gering, ca. 15 Interessierte. Ein Fortschritt ist, daß die Veranstaltung überhaupt stattfand. Ende '87 hatte es dazu zwischen der Volksfront und dem KB eine scharfe Diskussion gegeben. Ein örtliches Bündnis zur Ausländerpolitik wurde damals vorübergehend von Mitgliedern der GDF nicht mehr unterstützt.

Mit der Intifada wächst die Solidarität
Die Hetzkampagne gegen die PKK spaltet sie

Seit Jahren beschäftigt sich der Arbeitskreis Ausländerpolitik e.V. Neumünster, dem relativ viele TürkInnen und KurdInnen angehören, auch mit der Situation in Kurdistan. Er nahm allerdings lange eher eine beobachtende Haltung ein, stellte die Rolle des BRD-Imperialismus in den Mittelpunkt und griff öffentlich die "Türkei-Hilfe" und die Massaker am kurdischen Volk an.
Ein für die Solidarität wichtiges Ereignis war die Veranstaltung im April letzten



Jahres. Die Grünen/AL Neumünster hatten zusammen mit dem Arbeitskreis und der Aktion Jugendzentrum AJZ eingeladen. Vor rund 100 Teilnehmern berichtete Johannes Kempmann, MdL der Grünen aus Hannover, anhand von eigenen Dias über den Besuch einer Landtagsdelegation in kurdischen Flüchtlingslagern und bei Dev-Yol-Prozessen bzw. in türkischen Gefängnissen. Der Besuch hatte Ende Oktober/Anfang November 1988 stattgefunden und war von der türkischen Regierung z.T.massiv behindert worden. Der Bericht beeindruckte vor allem durch die konkrete anschauliche Darstellung der Erlebnisse. Im Anschluß griff die Bundestagsabgeordnete der Grünen/AL Neumünster Angelika Beer die Zusammenarbeit BRD-Türkei scharf an. Die Beiträge weckten bei den Anwesenden, darunter auch vielen türkischen und kurdischen Jugendlichen und Familien, große Empörung. Eine Geldsammlung zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei erbrachte rund 200 DM.

Der Arbeitskreis selbst leistete keinen Redebeitrag. Der bereits zu dieser Zeit bekannte Plan des Generalbundesanwaltes Rebmann, Anklage gegen in der BRD inhaftierte kurdische Revolutionäre nach §129a zu erheben, wurde nicht angegriffen, obwohl dies ein weiterer wichtiger Beweis für die Kumpanei von westdeutscher und türkischer Regierung gewesen wäre. Zur selben Zeit erklärt der Aufruf von FEYKA-KURDISTAN: "die Bundesanwaltschaft (maßt) sich inzwischen sogar (an), angebliche Straftaten von Kurden im Libanon in der BRD zu verfolgen...400 000 Kurden in der BRD werden durch diese Verfolgungskampagne faktisch unter Ausnahmerecht gestellt.

Erst nach einem Besuch des mittlerweile aufgenommenen Düsseldorfer Kurden-Prozesses wurde die Debatte über eine Politik des Arbeitskreises dazu und über den Zusammenhang von BRD-Interessen und Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes neu aufgenommen. Dabei wurde insbesondere auch der Versuch gemacht, die Hetzkampagne gegen die PKK in der BRD aufzuarbeiten, und es wurde ihre Bedeutung für die Behinderung der Prozeß-Kritik und für die Lähmung der Solidarität mit den inhaftierten kurdischen Revolutionären diskutiert.

Am 28.4.90 fand dann im Infoladen OMEGA eine Kurdistan-Veranstaltung mit über 30 Leuten statt. Mit einem Dia-Vortrag (s.Fotos) und dem Vortrag eines kurdischen Genossen wurde über die soziale Lage, die Unterdrückung und die Situation im Befreiungskampf Kurdistans informiert. Beides war sehr ausführlich und regte zu vielen Fragen an, die sich insbesondere auf die Geschichte des Befreiungskampfes seit 1920, die Besonderheiten seiner Unterdrückung und Spaltung sowie auf die seit 1986 lancierte Hetzkampagne gegen die PKK in der BRD bezogen.

Bei der Auswertung im Arbeitskreis war ein Vertreter der Grünen/AL anwesend, der um die Abfassung einer Resolution zum kurdischen Befreiungskampf bat, die der Landesversammlung der Grünen am 20.5. vorgelegt werden solle. Diese Reso-

Resolution der Veranstaltung zum U-Boot-Skandal

Die Besucher und Veranstalter der Informationsveranstaltung zum U-Boot Skandal am 1.Mai in Kiel verabschiedeten folgende Resolution an die Bundesregierung und das Düsseldorfer Oberlandesgericht:

Mit Wut und Entsetzen haben wir erfahren, daß die türkische Regierung heute am 1. Mai 1990 auf DemonstrantInnen schießen ließ, die sich trotz des Demonstrationsverbotes zur 1.Mai Kundgebung in vielen Städten der Türkei und Nordwestkurdistans versammelt hatten. Wir wissen, daß die Militärpolizei der Türkei von bundesdeutschen Grenzschützern und Sondereinsatzkommandos wie der GSG 9 ausgebildet wird und das türkische Militär als NATO-Bündnispartner von der BRD finanziell durch z.B. jährliche Rüstungssonderhilfen unterstützt wird. Dieses Militär geht im türkisch besetzten Teil Kurdistans mit brutaler Waffengewalt vor. Das kurdische Volk wehrt sich ;in Kurdistan ist Krieg.

Nicht nur, daß die BRD das türkische Militär finanziell und mit Waffen massiv unterstützt, es stehen auch 18 KurdInnen vor einem bundesdeutschen Gericht. Sie sind angeklagt nach § 129a, innerhalb der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) eine sogenannte terroristische Vereinigung gebildet zu haben.

Wir protestieren gegen den offensichtlichen Versuch, geltendes Völkerrecht zu unterlaufen und die kurdische Befreiungsbewegung als "terroristische Vereinigung" zu kriminalisieren.

- Das kurdische Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung!
- Wir fordern die BRD auf, sofort die Türkeihilfen einzustellen!
- Wir fordern die sofortige Einstellung der KurdInnenprozesse und die Freilassung der inhaftierten KurdInnen!
- Wir fordern ein uneingeschränktes Asylrecht für alle politischen Flüchtlinge!"

lution verzichtet jedoch erneut auf die Darstellung der Kurden-Verfolgung in der BRD und stellt die Intifada in den Mittelpunkt:
"Auch in der bundesdeutschen Presse tauchen Nachrichten über ... die Situation der Intifada fast überhaupt nicht auf. Das verwundert nicht, denn ... die Bundesrepublik, die die militärische Unterdrückung überhaupt erst ermöglicht, (wird) alles tun, um wenig Informationen über die Lage in Kurdistan durchsickern zu lassen, denn das ökonomische Interesse des bundesdeutschen Staates liegt in der Aufrechterhaltung der kolonialistischen Verhältnisse in Kurdistan.

Redebeitrag der Union der Patriotischen Arbeiter Kurdistans am 1. Mai in Rendsburg

"..Seit dem 15.August 1984 hat sich der Kampf für die Unabhängigkeit und Freiheit des Kurdischen Volkes unter Führung der Arbeiterpartei Kurdistans, der PKK, beständig weiterentwickelt. Unter der Fahne der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans, der ERNK, hat sich das Volk gesammelt. Die Volksaufstände an denen sich über anderthalb Millionen Menschen seit März diesen Jahres beteiligten, haben den türkischen Kolonialismus in seine tiefste Existenzkrise gestürzt. Statt das Scheitern seiner bisherigen Kurdistanpolitik einzugestehen, antwortet der türkische Staat auf den gerechten Kampf des leidgeprüften kurdischen Volkes mit einer Verschärfung des militärischen Terrors.
So beschloß der türkische Ministerrat am 9. April diesen Jahres eine neue Phase im Kolonialistischen Vernichtungskrieg. Jegliche Berichterstattung der Medien über Kurdistan wurde unter Androhung hoher Strafen verboten. Ganze Dörfer können auf Befehl des Kolonialgouverneurs deportiert werden, einzelne Menschen in die Verbannung geschickt werden.
Mit dem Versuch, Nordwestkurdistan zu einem verbotenen Gebiet zu machen und jegliche Öffentlichkeit zu verhindern, bereitet der türkische Staat massenhafte Vernichtungsaktionen vor.
Diese Politik der Türkischen Republik wird von der NATO unterstützt. Speziell die BRD, die nicht nur zuständig innerhalb der NATO für den türkischen Staat ist, sondern auch dessen Handelspartner, hält dieses mörderische Kolonialsystem am Leben. Milliarden fließen als Militär und Wirtschaftshilfe dort hin. Bundesdeutsche Panzer, Gewehre, Hubschrauber bis hin zu von der GSG 9 ausgebildeten Spezialteams werden im Kolonialkrieg in Kurdistan eingesetzt. Darüber hinaus verfolgen bundesdeutsche Behörden hier lebende Kurden, die mit dem Kampf ihres Volkes sympatisieren. Der Schauprozeß in Düsseldorf gegen 17 KurdInnen und Kurden ist ein deutliches Beispiel für den Umgang der herrschenden in der BRD mit den Angehörigen unterdrückter Völker, die für Freiheit kämpfen. Sie sollen zu Terroristen erklärt werden.
Aber all diese Maßnahmen können heute den Freiheitskampf des kurdischen Volkes nicht verhindern. Das Volk in Kurdistan hat sich fest um seine Partei, die PKK, zusammengeschlossen. Es kämpft organisiert unter der Fahne der ERNK und verbindet seine Volksaufstände mit den Aktionen der Volksbefreiungsarmee Kurdistans, ARGK, die der türkischen Kolonialarmee täglich schwerere Verluste versetzt. Das Kurdische Volk erfüllt mit seinem Kampf gegen eine der reaktionärsten Regierungen eine große internationalistische Aufgabe.
Wir rufen alle demokratischen Menschen auf, sich an die Seite dieses Volkes zu stellen und seinen gerechten Kampf zu unterstützen
*Es lebe der proletarische Internationalismus
*Es lebe der 1. Mai
*Es lebe die PKK, die ERNK und ARGK!"
(Auszug)



Bleibt Kaliningrad sowjetisch?

Der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik hat auch dem landsmannschaftlichen Revanchismus Auftrieb gegeben. Mit antipolnischen Parolen haben sich der "Bund der Vertriebenen" (BdV) und andere Vereinigungen dieses Schlages in der Debatte um die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze und Entschädigungen für die Verbrechen des Nazi-Regimes in Polen zu Wort gemeldet.

Für sie sind die Grenzfestlegungen, die als Folge des von Nazi-Deutschland angezettelten Krieges erfolgten, ebenso Unrecht, das wieder gutzumachen sei, wie die Übergabe etwa der bäuerlichen Betriebe an Polen, für die sie nun Entschädigungen in Milliardenhöhe einfordern. Anfang März dieses Jahres bezifferte der Generalsekretär des BdV Hartmut Koschyk in der "BILD"-Zeitung die auf die bundesdeutschen Steuerzahler zukommenden Kosten auf mehrere hundert Milliarden Mark. Gleichzeitig verband er diese Drohung mit der Denunziation der Forderung nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als endgültige Westgrenze Polens als "Maximalforderung". Andere Funktionäre der Landsmannschaften sprechen nur von "Oder-Neiße-Linie", um den angeblich vorläufigen Charakter dieses Grenzverlaufs zu betonen.

Diese und ähnliche Forderungen und Formulierungen haben nicht nur im westlichen Ausland, sondern ganz besonders in Polen für Unruhe unter der Bevölkerung gesorgt. Vielerorts werden ein Wiedererwachen großdeutscher Annexionsgelüste und der Verlust der materiellen Existenz befürchtet. Von Seiten der Revanchisten wird demgegenüber immer wieder hervorgehoben, daß sie bereits in ihrem Gründungsdokument auf Gewaltanwendung verzichtet hätten. Gerade die derzeit von den landsmannschaftlichen Revanchisten praktizierte Strategie läßt daran freilich beträchtliche Zweifel entstehen.

Mit besonderer Perfidie werden die Opfer zu Tätern, die mit "Maximalforderungen" eine Aussöhnung zwischen den beiden Völker verhindern würden. Nicht nur, daß von den Verwüstungen und Verbrechen, die die Nazis in Polen verübt haben, von



Kohl beim Sudeten-Treffen 1986

dem Elend, in dem deshalb viele PolInnen nach dem Ende des Weltkrieges leben mußten, nicht mehr im geringsten die Rede ist; mit den angeblich gut gemeinten Warnungen vor den negativen Folgen dieser "Maximalforderungen" und einem zweiten "Versailles" wird die polnische Seite zum Aggressor gestempelt. Und gegen Aggressoren wird man sich wohl noch wehren dürfen. Ganz im Sinne eines vor etwa einem Jahr erschienenen Artikels im "Mitteldeutschen Kurier", der Zeitung des "Bundes der Mitteldeutschen". Dort wertete Günter Schilling, Vizepräsident und bayrischer Landesvorsitzender dieser Organisation, den Überfall der Nazi-Armee auf die Sowjetunion 1941 als gerechtfertigten Abwehrkampf.

Der Anschluß der DDR war nur der erste Streich. Sobald er unter Dach und Fach ist, wird die Debatte um das "Deutschland in den Grenzen von 1937" aufleben. In nicht allzu ferner Zukunft werden AntifaschistInnen daher wohl gegen Forderungen wie "Kaliningrad muß wieder Königsberg heißen" Front machen müssen.

Antifaschistische Gruppe Rendsburg

Antifaschistischer Kampf heißt auch Kampf gegen Staat und Kapital

Die frühere Bestimmung des Antifabündnisses lief über Aktionen! Wie, Faschoveranstaltungen verhindern, Demos und Skins im Ort zu jagen! Durch all diese Aktionen gewannen wir einen großen Kreis von Sympathisanten, aber wir merkten schnell, daß Quantität nicht unbedingt etwas über Qualität aussagt! Dies wollten wir verbessern und so entstanden regelmäßige Treffen, in denen wir versuchten, für uns zu klären: wo fängt Faschismus an und wie können wir ihm am wirkungsvollsten begegnen!? Wie kommen wir Anti-FaschistInnen aus unsrer Isolation heraus ,um die Bevölkerung zu erreichen!?

Zwei Wege kamen für uns in Betracht. Wir versuchten über einen Lesekreis, uns mit der Geschichte des Faschismus zu beschäftigen und Paralellen zur heutigen Zeit zu diskutieren. Dann versuchten wir, unseren Einfluß in der Bevölkerung zu verstärken. Wir griffen z.B. eine Idee aus Neumünster auf und verteilten, das erste Mal zu den Europawahlen 1989, "10000 persönliche Zustellungen der Antifa RD" an alle Rendsburger Haushalte. Zu den Kommunalwahlen 1990 erfolgten dann noch mal 14000 persönliche Zustellungen! In diesen persönlichen Zustellungen versuchten wir möglichst plakativ, die zur Wahl kandidierenden faschistischen Parteien und Organisationen darzustellen und auf die faschistische Gefahr hinzuweisen!

Weitere Aktivitäten waren:

- regelmäßiges Treffen der Antifa-Gruppe
- eine Veranstaltung über die Republikaner, die mit ca. 80 Leuten (die nicht nur aus der Szene kamen) gut besucht war!
- eine Veranstaltung zu dem AusländerInnenwahlrecht und zur neuen AusländerInnengesetzgebung! Diese fand auch bei vielen Leuten großes Interesse!
- Veranstaltung zu der Kriminalisierung der AntiFa, im Allgemeinen und vor Ort.
- Bündnisarbeit, z.B: Ausarbeitung einer kommunalen, antifaschistischen Plattform für das Linke Forum RD
- Kundgebung des Antifaschistischen Bündnisses mit Redebeiträgen von: Gewerkschaft Gartenbau, Landw. und Forsten; Jusos, GAJ, AntiFa Gruppe RD
- Mahnwache mit ca. 80 Leuten von 18°° bis 24°° Uhr vor der Rendsburger Bullenkaserne zum Tod von Conny in Göttingen
- Durchsetzung eines Redebeitrags zu der Kreiswahlausschußsitzung
- Benutzung der örtlichen Zeitungen für antifaschistische Beiträge, z.B. Artikel, Leserbriefe
- Beteiligung an regionalen Demos
- Teilversuch der regionalen Zusammenarbeit mit anderen AntiFa Gruppen

Wir sind der Meinung, daß unsere Antifaschistische Arbeit vor Ort dazu geführt hat, daß die faschistischen Parteien und Organisationen keinen Erfolg erzielen konnten(z.B. letzte Kommunalwahl). Die Republikaner versuchten durch Unterschriftenfälschung zu retten, was zu retten ist, was ihnen aber auch nichts nützte! Sie konnten in RD zur Kommunalwahl nur in einem Bezirk antreten!

Da wir auch vor Ort und regional, praktisch, faschistische Aktivitäten durch beherztes Eingreifen ver- und behinderten, wird auch in RD versucht, die AntiFa zu kriminalisieren und auszuhorchen! Wir versuchen über Treffen mit den Beteiligten diese Angriffe des Staatsschutzes zu diskutieren und auch den nötigen Rückhalt zu geben!

Für die nächste Zeit planen wir, durch "Mitgliederwerbung" unseren aktiven Kern zu erweitern! Weiterhin arbeiten wir an einer Art Broschüre zur Braunzone RD und an einem Selbstverständnis der AntiFa Rendsburg.



Buchbesprechung

Deutschland ganz rechts

Michael Schomers: DEUTSCHLAND GANZ RECHTS

Michael Schomers, Kölner Journalist und bekannt durch die Fernsehdokumentation "Giftig - ätzend - explosiv. Gefahrguttransporte auf unseren Straßen", hat sich in Wallraff-Manier bei den REPs umgesehen. Im Kölner Kreisverband der Schönhuber-Partei wurde er zunächst Mitglied, dann Parteitagsdelegierter, REP-Vertreter im Kölner Schulausschuß und schließlich noch DDR-Kontaktmann.

Es sind höchst bezeichnende Innenansichten, die Schomers seinen LeserInnen zu bieten hat. Der Blick hinter die biedersaubere Fassade der REPs offenbart einen Sauhaufen:

- Streit - besonders um die finanziell einträglichen Posten - ist an der Tagesordnung, von "Kameradschaft" keine Spur. Die Propaganda von der "Partei der kleinen Leute", die für Ehrlichkeit in der Politik stehe, wird von dieser Postenschacherei Lügen gestraft.

- Ehemalige Funktionäre von NPD, DVU oder FAP trifft man im Funktionärskader der REP auf Schritt und Tritt. Zu offensichtliche Fälle werden zwar "in die zweite Reihe" zurückgenommen, eine wirkliche Trennung von diesen Leuten gibt es jedoch nicht.

- Von demokratischen Strukturen kann in der Partei keine Rede sein. Die einfachen Mitglieder sind an den Entscheidungen fast gar nicht beteiligt. Auf Parteitagen werden nur notdürftig die vom Wahlgesetz vorgeschriebenen Verfahrensweisen eingehalten.

- Ausländerfeindliche und antisemitische Bemerkungen, Kriegsverherrlichung und Rechtfertigung bis hin zur offenen Billigung der Nazi-Verbrechen - so reden die REP-Mitglieder am Stammtisch.

Der Autor schildert dabei auch die Veränderungen, die in ihm selbst abgelaufen sind. Einige Feindbilder sind dabei zerplatzt, denn natürlich passen nicht alle REPs in das Klischeebild vom Neonazi, sind es häufig nur Zufälle, die darüber entscheiden, in welchen Kreisen ein Mensch landet. Die Gefahr, sich der Prägung durch seine Umgebung nicht entziehen zu können, hat Schomers am eigenen Leib gespürt - auch er begann teilweise schon als Parteimitglied zu denken.

Deutschland ganz rechts ist nicht zuletzt deshalb so wertvoll, weil es brandaktuell ist. Schomers war von August 1989 bis Ende 1990 bei den Kölner REPs. Das Buch gibt so auch Einblicke in aktuelle Debatten in der Partei, zumal Köln eine Hochburg der sog. "Blauen" ist, des Flügels der REP, die sich um ein modernes, von der Nazi-Vergangenheit deutlich abgesetztes Bild der Partei bemühen. Das Buch zeigt aber, daß auch diese "Blauen" letztlich nichts anderes als eine - wenn auch moderne - faschistische Partei wollen.
Schomers Buch sagt mehr über den offensichtlich faschistischen Charakter dieser Partei aus als manche schlaue Analyse ihrer Wahlprogramme. Als locker geschriebener Erlebnisbericht ist das Buch leicht und spannend zu lesen. Dabei entsteht nie der Eindruck, daß Ereignisse übertrieben oder aufgebauscht würden, um eine reißerische Story zu bekommen. Schomers beschreibt keine Sensationen, sondern den grauen, kalten und (auf ganz andere Weise) erschreckenden Alltag bei den REPs ...

(Michael Schomers: "Deutschland ganz rechts", Kiepenheuer & Witsch, 269 Seiten, DM 18,80)

Christoph Kleine (az/Lübeck)

Leserbrief

Obwohl die Antifa-Demo in Hamburg schon lange her ist, halten wir es trotzdem für wichtig, daß unsere Stellungnahme im Atze abgedruckt wird. Erstens um in eine Diskussion zu kommen über die allgemeine Bestimmung von Antifa-Demos. Und zweitens, weil wir uns des Eindrucks zum Teil nicht erwehren konnten, die SchreiberInnen des Artikels " Hamburger Polizei zerschlägt antifaschistische Kundgebung" waren auf einer anderen Demo !
Hier nun unsere Stellungnahme:
Stellungnahme des Theprax-Infoladen und der Antifa Rendsburg zur Antifa-Demo am 3.März in Hamburg
FESTSTELLUNG 1: Das Ziel, mit der Demo einen Nazi-Aufmarsch in Hamburg zu verhindern und unmöglich zu machen, wurde nur zum Teil erreicht. Die Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch hat dazu geführt, daß die Rechte nicht im breiten Bündnis aufgetreten ist und sich die Rep's und andere Gruppen letztlich sogar davon distanzierten.
FESTSTELLUNG 2: Die Demonstration war dennoch eine politische Niederlage, weil
a) dennoch ein Naziumzug in der Innenstadt nicht verhindert werden konnte
b) es keine geschlossene Antifaschistische Aktion den Bullen und Nazis entgegengesetzt wurde, sondern nur Einzelhandlungen, die in keinster Weise koordiniert waren
c) sich die Demo fluchtartig nach den Auseinandersetzungen mit den Bullen zurückziehen mußte, ohne daß es noch einen Ansatz erneuter Koordinierung gegeben hat
d) wir zahlreiche Verletzte hatten und mindestens 25 Verhaftungen hinnehmen mußten, ohne an irgendeinem Punkt eine Situation zu erreichen, die diesen Preis rechtfertigt.
FESTSTELLUNG 3: Die Bullen wollten die Konfrontation auf der Moorweide mit der Demo. Schon am Vormittag gab Innensenator Hackmann die politische Rechtfertigung für den Schutz der Nazis und den Angriff auf die antifaschistische Demo heraus, als er erklärte, daß die Bullen nicht die Faschisten schützen werden, sondern das Recht auf Meinungsfreiheit.

Im weiteren werden wir uns nicht weiter mit der Strategie der Bullen auseinandersetzen, sondern die Kritik an unserem Verhalten üben. Uns ist klar, daß in diesem bürgerlichen System die Bullen letztlich immer die Faschisten schützen werden, wir also im antifaschistischen Kampf immer mit ihnen in Konfrontation geraten werden. Wir wollen daher nicht über die "bösen Polizisten" jammern, sondern Wege suchen, die Auseinandersetzung in unseren Sieg umzuwandeln.

Die Vorbereitung

Die Demo wurde mobilisiert, um in Hamburg einen Nazi-Aufmarsch, wie es ihn bis dahin schon zweimal gegeben hat, zu verhindern. Das Faschistenbündnis sollte von der FAP bis zu den REPublikanern reichen. Dazu wurde festgehalten, daß die Demo einen defensiven Charakter haben soll, um möglichst viele antifaschistische Kräfte in die Demo einbinden zu können. Nach der Vorbereitung war das Ziel, mit einer breiten Mobilisierung diesen Aufmarsch zu verhindern. Konsens war, die Demo zu schützen, aber sich nicht provozieren zu lassen.
Demo: Es war klar, zunächst den Karl-Muck-Platz, den die Faschisten ursprünglich für sich in Anspruch nehmen wollten, zu besetzen. Weiterhin war klar, sofern dies möglich wäre gesammelt als Demo zu dem Ausweichpunkt der Nazis zu kommen, um dann dort deren Aufmarsch zu verhindern. Falls sich die Faschisten nicht in die Stadt getraut hätten, wollten wir eine Demo gegen die neue reaktionäre AusländerInnengesetzgebung abhalten.

Neue Situation

In der Innenstadt, am Neuen Wall, bekam die Demo die definitive Information, daß sich die Nazis an 2 Stellen, darunter um 13 Uhr auf der Moorweide, treffen wollten. Die angemeldete Demo wurde daraufhin offiziell aufgelöst und eine Spontandemo zur Moorweide angemeldet. Auf dem Weg dorthin wurde der Demo die Information mitgeteilt, sie habe die Stärke von 8000 Leuten; auf der Moorweide befänden sich ca. 30 Glatzen, die von Bullen und Wasserwerfern beschützt würden.

Vor der Moorweide

Bevor wir noch die Moorweide betreten haben, ist unserer Meinung nach der größte und folgenschwerste Fehler der Demo überhaupt begangen worden. Die Angaben über die Stärke der Demo und die Schwäche der Nazis führten innerhalb der Demo zu einer totalen Selbstüberschätzung; zumal nur unzureichend über die Stärke der Bullen und die Situation auf der Moorweide informiert wurde. Diese Informationen haben letztlich dazu geführt, daß viele der Ansicht waren, den Sieg schon fest in unserer Hand zu haben. Daher gab es auch keine weitere, wenigstens uns bekannte, Diskussion über die weitere Strategie und Taktik über das Verhalten auf der Moorweide. Als einziges Konzept war klar, daß wir auf den Platz gehen.
Dies, obwohl wir mehr als reichlich Zeit hatten, um uns in Ruhe zu überlegen, wie wir weiter vorgehen, uns evtl. schützen, wie die Situation politisch genutzt und bestimmt werden kann. Die Demo ging wie eine riesige Lämmerherde auf den Platz und hat dabei jegliche innere Struktur verloren. An diesem Punkt haben wir unsere Überlegenheit verspielt!

Auf der Moorweide

Nach Angriffen von den Bullen eskalierte die Situation total und es gab keine Möglichkeit mehr, die Situation zu bestimmen. Dabei wurden jegliche politische Bestimmung und Verhalten der Demovorbereitung vergessen oder ignoriert.Statt eines kollektiven Handelns gab es zahlreiche Einzelaktionen! Der Konsens, sich nicht von Bullen oder Faschos provozieren zu lassen, wurde auch in keinster Weise umgesetzt. Die Bullen spielten innerhalb einer viertel Stunde mit uns Katz und Maus.

Der Rückmarsch

In dieser Situation haben sich viele nur noch, z.T. panisch, vor den knüppelnden Bullen zu retten versucht. Dabei hatten wir auch viele Verletzte auf unserer Seite. Statt sich wieder zu sammeln und Ruhe und Struktur in unsere Demo zu bringen, um unser eigentliches Anliegen weiter zu verfolgen, wurde nur vereinzelt und kopflos gehandelt. Die Demoleitung war in dieser Lage ohne weiteren Einfluß. In dieser Situation haben wir festgestellt, daß vielen an einer weiteren Antifa-Demo ohnehin nicht mehr gelegen war, sondern sie sich in den Auseinandersetzungen mit den Bullen selbstgenügten (befriedigten). Extrem deutlich wurde dies nochmal auf dem Rückmarsch, als einige " Helden des antifaschistischen Kampfes" Stellvertreter des westdeutschen Kapitals (Lufthansa, Deutsche Bank) angegriffen haben; sich allerdings im gleichen Atemzug bei Mc.Donalds Hamburger kaufen mußten.

Von der Moorweide flüchtete die Demo dann noch relativ kompakt in die Innenstadt. Aber auch hier gab es keinen weiteren Ansatz, auf die veränderte Situation einzugehen. Die Demo zersplitterte sich in mehrere Teile; die Stadt wurde den Bullen und Stiefelnazis preisgegeben.

Demoleitung

Diese Demo wäre mit oder ohne Demoleitung nicht besser oder schlechter verlaufen. Die Demoleitung war ohne Akzeptanz in der Demo und ist an den entscheidenden Stellen weder berücksichtigt worden, noch kam aus der Demoleitung die Power, sich durchzusetzen. Die Demoleitung stand eher neben der Demo, als sie zu leiten. Sie hat auch die Situation auf der Moorweide nicht richtig eingeschätzt oder dies dann wenigstens nicht richtig vermittelt. In der Krisensituation auf der Moorweide ist die Demoleitung dann auch nicht mehr berücksichtigt worden. Appelle, sich bei der Demoleitung zu versammeln, den Lautsprecherwagen zu schützen und zu beraten, sind auch angesichts der eskalierenden Situation hilflos verklungen. Von der Demoleitung sind auch keine weiteren Impulse, um die Demo nach dem kopflosen Rückzug noch zu retten, ausgegangen.

Die mangelnde Akzeptanz und Durchsetzungskraft lag allerdings nicht nur an der Demoleitung selbst. Nach unserem Eindruck gab es auf der Demo sehr viel Einzelkämpfer, die nicht in organisierten Zusammenhängen steckten und ohnehin nichts von der Demoleitung und -vorbereitung hören wollten. Zum anderen hatten wir auch den Eindruck, daß sich zwar Gruppen an der Demovorbereitung beteiligten, aber ihr eigenes Ding durchziehen wollten. Angesichts einer solchen Situation wird auch eine noch so gute Demoleitung keine Chance haben!

Fazit

Gerade für eine Demo wie am 3. März, auf der sich ständig veränderte Situationen ergeben, auf die wir zu reagieren haben, brauchen wir eine starke und durchsetzungsfähige Demoleitung. Ansonsten werden wir so wie in Hamburg auch weiterhin ständig eingemacht. Das Konzept, für Schleswig-Holstein sich mit einer "Unterdemoleitung" zu koordinieren, hat uns auch nicht weiter geführt; zumal wir auch nicht unsere Überlegungen diskutiert und eingebracht haben.

Wir haben wie gesagt festgestellt, daß die Demo an der Moorweide auch deshalb auseinandergesprengt wurde, weil es zuviel vereinzelte Aktionen und Reaktionen gab und sich kaum organisiert wurde. Dies kann auf keinen fall so bleiben! Es muß dringend versucht werden, die Organisierung der einzelnen Menschen und Gruppen zu verbessern!

Das heißt auch, daß die Vorbereitungstreffen sehr, sehr ernst genommen werden müssen; und wir den richtigen Umgang mit Leuten finden müssen, die sich nicht an Vorbereitungstreffen beteiligt haben oder meinen, was gelabert wird, geht uns sowieso nichts an. Eine Demo wie am 3.3. kann nur dann Erfolg haben, wenn die zuvor besprochene oder neu diskutierte politische Linie eingehalten wird. So, wie die Demo in Hamburg gelaufen ist, blockiert sie nur unsere, in diesem Fall antifaschistische Arbeit: 25 Verhaftungen und 25 mögliche Prozesse sind ein zu teurer Preis. Dazu wird unsre Kraft verschleißt und in eine völlig andere Richtung gelenkt. Statt den antifaschistischen Kampf weiter zu führen, müssen wir uns mit Demonachbereitungen wie dieser hier abplagen und uns um die anstehenden Prozesse kümmern.

P.S.: Auch wenn es viele nicht gern hören, heißt die eigentliche Konsequenz: Disziplin !

REVOLUTIONÄRE DISZIPLIN !



Antwort auf den Leserbrief "Fantomas" Atze 8

Die in der ATZE abgedruckte Selbstdarstellung des "Antifaschistischen Forums" hat den Unwillen des Lesers "Fantomas" herausgefordert: sie sei beschönigend, täusche eine positive Arbeit vor, die es so nicht gebe und klammere die eigentlichen Probleme der antifaschistischen Arbeit in Kiel aus.

Nun, um es möglichst kurz zu machen: zentraler Zweck der kurzen (!) Darstellung, zu der auch die Auflistung einiger der stattgefundenen antifaschistischen Aktivitäten gehört, sollte es einzig sein, denjenigen eine Orientierung zu bieten, die bei

KÖNNTEST DU EIN WENIG KONSTRUKTIVE KRITIK VERTRAGEN?

solcher Gelegenheit mit aktiven AntifaschistInnen in Kontakt gekommen waren, aber in Zukunft zu den bekannten Zeiten an den Treffpunkten niemanden mehr angetroffen hätten. Ihnen sollte so ein Anhaltspunkt gegeben werden, damit sie auch in Zukunft wissen, an wen sie sich bei Interesse wenden können. In diesem Zusammenhang die Fehler und Schwierigkeiten der antifaschistischen Arbeit in Kiel zu diskutieren - und da gäbe es ja außer dem von "Fantomas" genannten noch einiges mehr ! - halte ich für unpassend. Daraus eine unkritische Glorifizierung herauszulesen, halte ich für übertrieben.



Ohne Zweifel: es besteht kein Anlaß, mit dem Zustand der antifaschistischen Arbeit in Kiel zufrieden zu sein. Dies ist jedoch eine Debatte, die zunächst unter den aktiven AntifaschistInnen zu führen ist. Für das Gros der gelegentlichen LeserInnen der ATZE und für diejenigen LehrerInnen, PädagogInnen oder andere Interessierte, die sich an aktive AntifaschistInnen mit der Bitte um Unterstützung wenden (Material, ReferentInnen), sind solche Debatten m.E. nur von sekundärem Interesse. Ihr Bild von der antifaschistischen Bewegung wird in erster Linie von deren Aktivitäten geprägt und nicht von den wenigen Zeilen in einer Ausgabe der ATZE.

Zum Schluß: daß "Fantomas" meint, das Forum so mir nichts dir nichts als "Funktionärstreffen" denunzieren zu müssen, ist bedauerlich und umso unverständlicher als sein Beitrag, daraus mehr zu machen als ein "Funktionärstreffen", doch immer willkommen gewesen wäre. Allein, es gab ihn nicht.

fv

Neue Rohheit

Egal wie ich es schreibe, ich fürchte, sie werden es nicht auffassen, weil Gewohnheit Begreifen verhindert. Eine Freitag Nacht in Kiel gingen zwei Menschen gegen halb zwei nach Hause. Aus einer Kneipe am Sophienblatt kommen sechs Jugendliche, bierbeseelt, fahren einem der Entgegenkommenden durch die Haare, reden ihn aggressiv an und halten ihn fest. Als der Passant sich freimachen will, wird er niedergeworfen und auf den Kopf und ins Gesicht getreten, immer wieder, von sechs Menschen.

In der Kneipe, wo die Szene sicher hörbar, auch sichtbar ist, rührt sich keiner. Auch als die unversehrte Freundin des stark aus dem Kopf und der Nase blutenden mit ihm hinein will, werden Servietten herausgegeben, aber der Teppich oder gar die Waschbekken dürfen wohl nicht besudelt werden. Die Folgen der Schlägerei: Gehirnerschütterung, Platzwunde am Kopf, zertrümmertes Nasenbein. Das Richten des Nasenbeines ist eine sehr schmerzhafte Operation. Entzündungen des Nasenknorpels können denselben zersetzen oder aufs Gehirn übergehen. Indirekte Folgen: die Angst, auch des Freundeskreises, nachts allein auf die Straße zu gehen. Bewaffnung mit Tränengas.

Es tauchten einmal Jünglinge in brauner Uniform auf, in immer größeren Gruppen, und prügelten sich die Straßen frei von denen, deren Gesichter ihnen nicht gefielen. Der kürzlich Zusammengeschlagene war Kurde. Es sprachen da einige Triebe - Reviererhaltung, Macht, Jagdtrieb - aber bei verkümmertem psychischem Fundament fielen ihnen aber nur die Fäuste ein.



Und immer wieder: antifaschistische Aktionen

Vaterlandsliebe, der Haß gegen Vaterländer

Herr K. hielt es nicht für nötig,
in einem bestimmten Lande zu leben.
Er sagte: "Ich kann überall hungern."
Eines Tages aber ging er durch eine Stadt,
die vom Feind des Landes besetzt war,
in dem er lebte.
Da kam ihm entgegen ein Offizier
dieses Feindes und zwang ihn,
vom Bürgersteig herunterzugehen.
Herr K. ging herunter
und nahm an sich wahr,
daß er gegen diesen Mann empört war,
und zwar nicht nur gegen diesen Mann,
sondern besonders gegen das Land,
dem der Mann angehörte,
also daß er wünschte,
es möchte vom Erdboden vertilgt werden.
"Wodurch", fragte Herr K.,
"bin ich für diese Minute ein Nationalist geworden?
Dadurch, daß ich einem Nationalisten begegnete.
Aber darum muß man die Dummheit ja ausrotten,
weil sie dumm macht, die ihr begegnen."

Bertolt Brecht